

STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

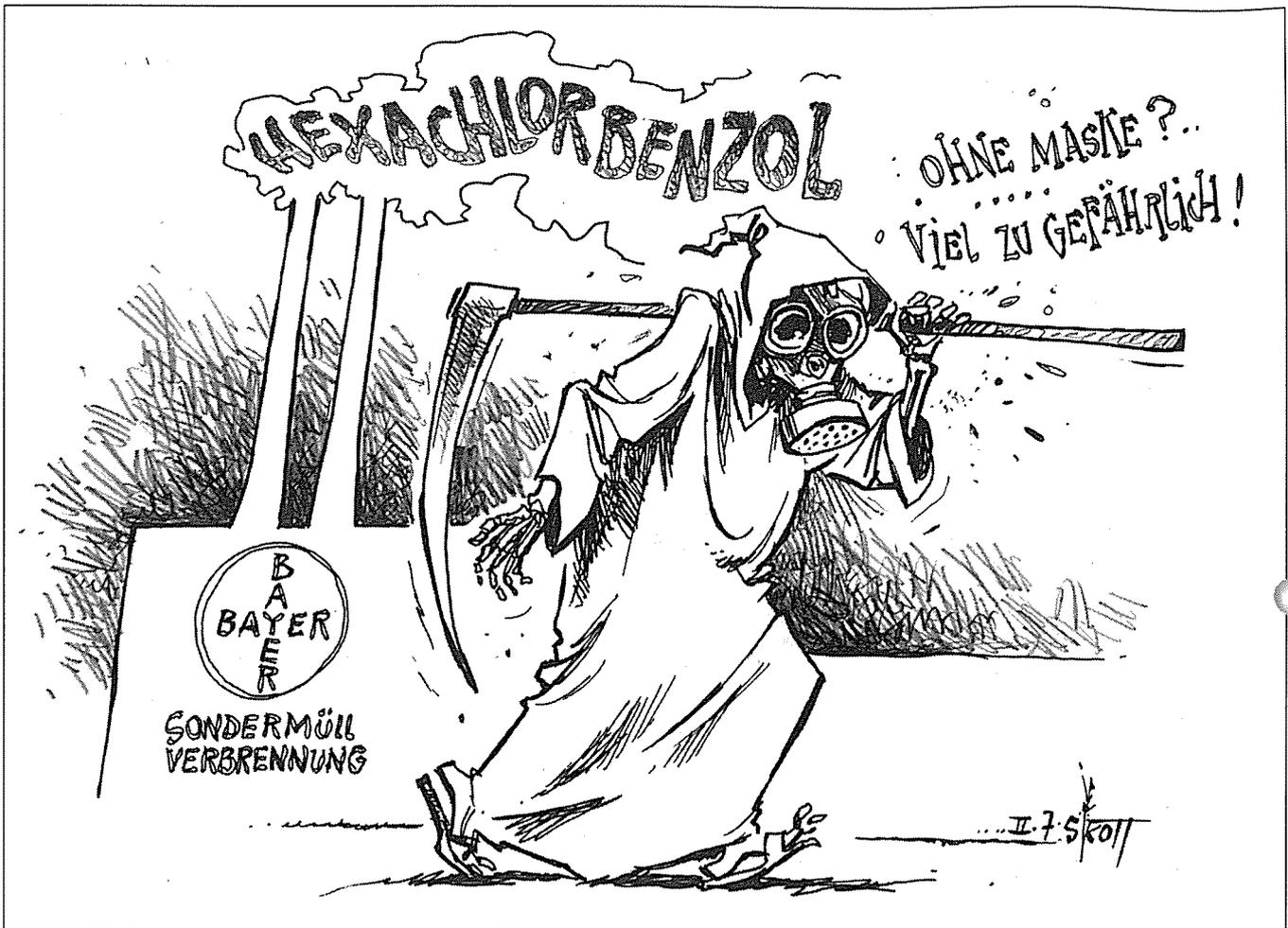

GIFTMÜLL
aus Australien
NEIN 

TITEL:

Mülltourismus
Fernziel BAYER

WEITERE THEMEN:

- Der BIS-Arbeitskampf geht weiter
- BAYER macht Politik
- CBG schreibt Angela Merkel



Inhalt

- 4 **Müllschlucker BAYER**
Schmutzige Geschäfte mit Giften
- 12 **BAYER, der Giftmüll und die Presse**
CBG-Kampagne erfolgreich
- 14 **BAYER-Spot verboten**
Verordnete Werbediät
- 16 **CBG kritisiert BAYERS Klimabilanz**
Offener Brief an Angela Merkel
- 18 **BAYER entschädigt DOPING-Opfer**
Die JENAPHARM-Altlasten
- 20 **Das BAYER-Netzwerk**
PolitikerInnen an der langen Leine

- 24 **Irakischer Schmiergeld-Skandal**
BAYER mischte mit
- 28 **Der Arbeitskampf bei BIS**
Eine erste Bilanz

Rubriken

- 5 **Promis gegen Profit**
- 7 **Echo**
- 26 **Au weia, BAYER!**
- 29 **Impressum**
- 30 **O-Ton BAYER,**
CBG bei der Arbeit

Mehr als
25.000
Zugriffe
in der
Woche.

www.CBGnetwork.org



Dr. Mariann Lloyd-Smith gehört dem australischen NATIONAL TOXICS NETWORK an und ist Co-Vorsitzende des INTERNATIONAL POPS ELIMINATION NETWORK

Liebe Leserinnen und Leser,

die australische Firma ORICA (früher ICI Australia) möchte 22.000 Tonnen Chemiemüll nach Deutschland exportieren. Das hochgiftige Hexachlorbenzol soll in Brunsbüttel, Dormagen, Herten und Leverkusen verbrannt werden. Zwei der hierfür vorgesehenen Müllverbrennungsanlagen gehören zum BAYER-Konzern.

Die giftige Altlast lagert seit Jahrzehnten in Botany Bay am Rande von Sydney. Hexachlorbenzol (HCB) fiel bei ORICA als unerwünschtes Nebenprodukt bei der Produktion von Lösemitteln an. Einst wurde HCB auch als Pestizid verkauft, unter anderem von BAYER. Doch seit langem ist bekannt, dass HCB extrem gefährlich für Mensch und Umwelt ist: Der Stoff reichert sich in Blut, Fettgewebe und Muttermilch an und ist biologisch praktisch nicht abbaubar. Wie bei anderen langlebigen organischen Schadstoffen (sogenannten POPs) auch ist die Verschmutzung mit HCB ein grenzüberschreitendes Problem, da sich die Chemikalie über Luft- und Wasserströmungen weltweit verbreitet.

HCB zählt deshalb zu dem Dreckigen Dutzend, den 12 weltweit gesundheitsschädlichsten Stoffen, welche die Stockholmer Konvention im Jahr 2001 verboten hat.

Australische Umweltgruppen kooperieren seit fast zwei Jahrzehnten mit der hiesigen Regierung und der Firma ORICA, um eine Vernichtung dieser gefährlichen Altlast sicherzustellen. Schon 1996 empfahl ein Beratungsgremium der australischen Regierung eine Entsorgung des Stoffes vor Ort, wo auch Anlagen und das entsprechende Know-how zur Verfügung steht. Wegen der hohen Transportrisiken müssten Gefahrstoffe wie Hexachlorbenzol so nah wie möglich am Entstehungsort zerstört werden, argumentierten die ExpertInnen.

ORICA schob das Problem jedoch viele Jahre auf die lange Bank. Das in Australien etablierte Gasphasen-Reduktionverfahren wurde von dem Unternehmen abgelehnt. Nun will die Firma den leichtesten Weg gehen und die Altlast einfach nach Deutschland exportieren. Durch Transport,

Umladen und Verbrennung entstünden jedoch unkalkulierbare Gefahren. Die Baseler Konvention, die strenge Regeln für den Export von Giftmüll aufgestellt hat, würde durch dieses Geschäft auf den Kopf gestellt.

ORICA hat öffentlich verlautbart: „Wir gehen nirgendwohin, wo es Opposition gibt“. Das Unternehmen behauptete zudem, dass es in Deutschland keinen Widerstand gegen die Verbrennung von HCB gäbe. Wir freuen uns, dass wir die Firma gemeinsam mit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, dem BUND und anderen deutschen Umweltgruppen eines Besseren belehren konnten! Unsere australisch-deutsche Koalition wird weiter daran arbeiten, ORICA nicht in den Genuss einer Ausnahmegenehmigung für den Export von HCB kommen zu lassen.

Schmutzige Geschäfte mit Hexachlorbenzol

Müllschlucker BAYER



Wartet auf Stoff: Eine Müllverbrennungsanlage von BAYER

Der Leverkusener Multi macht sogar mit Müll Geld und akquiriert giftige Abfälle aus der ganzen Welt für seine Rückstandsverbrennungsanlagen. Mit der Entsorgung von 4.500 Tonnen Hexachlorbenzol made in Australien will der Konzern jetzt einen Umsatz von drei Millionen Euro erzielen. Die Betreiber der Öfen in Herten und Brunsbüttel rechnen mit ähnlichen oder sogar noch größeren Erträgen. Aber gegen den Mülltourismus erhebt sich eine Woge des Protestes.

Von Jan Pehrke

„Über 300 Firmen aus ganz Europa und Übersee haben im Jahr 2004 ihre Sonderabfälle bei den BIS-Umweltdiensten entsorgt“, wirbt die BAYER INDUSTRY SERVICES (BIS) für sich. Dieses Klappern gehört zum Geschäft, denn ein solches ist die Beseitigung von Produktionsrückständen längst geworden. Hatte der Leverkusener Multi früher seine giftigen Hinterlassenschaften einfach in Deponien wie

der Dhünnau mit verheerenden Folgen für die Umwelt endgelagert, ging er erst Ende der 60er Jahre auf Druck der Öffentlichkeit zum Bau von Verbrennungsöfen über, welche das Müllaufkommen zwar reduzierten, dafür aber auch zu einem Anstieg der Emissionen in Luft und Wasser führten.

Von einem notwendigen Übel zu einem Geschäftszweig hat sich die Entsorgung

jedoch erst Ende der 80er Jahre entwickelt. Einen zusätzlichen Schub bekam sie dann durch den Umbau BAYERs zu einer Holding, die alle Sparten in die Selbstständigkeit entließ und besonders die Dienstleistungsabteilungen mit der Notwendigkeit konfrontierte, externe Aufträge einzutreiben. Und wo der Kantinenbetrieb nun auch das Werksgelände hinaus einen Catering-Service anbietet, stieg

die BIS ins globale Müllgeschäft ein. Auf 20 Prozent beläuft sich der Anteil fremder Produktionsrückstände mittlerweile. Ginge es nach dem Konzern, dürfte sich diese Quote jetzt noch erhöhen. Die Müllschlucker haben nämlich einen dicken Auftrag aus Australien an Land gezogen. Die dort ansässige Chemie-Firma ORICA sitzt auf einer Hinterlassenschaft von 22.000 Tonnen hochgiftigen Hexachlorbenzols und will sie auf die Reise in die Bundesrepublik schicken. 4.500 Tonnen davon (plus 6.000 Tonnen Verpackung) haben BAYER-Öfen als Bestimmungsort, wodurch ein Umsatz von drei Millionen Euro winkt.

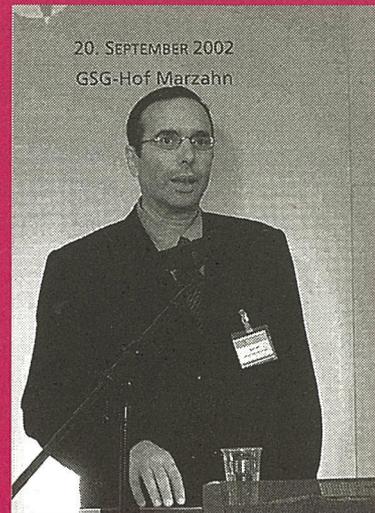
Zahlreiche Proteste

Zwei Jahre soll die Müll-Karawanserei auf Schiffen, Eisenbahnschienen und Straßen dauern. Dabei lauern auf der 16.000 Kilometer langen Strecke unzählige Gefahren. Besonders das Umladen der zu den weltweit giftigsten 12 Chemikalien gehörenden Substanz ist mit Risiken verbunden. Erreichen die Gifte schließlich doch allen Widrigkeiten zum Trotz wohlbehalten ihr Ziel, sorgt die Verbrennung für die Freisetzung zahlreicher gesundheitsschädlicher Stoffe. Aus diesen Grün-

den hat sich ein breiter Widerstand gegen das Vorhaben formiert. In Gang gebracht hat ihn die australische Umweltorganisation NATIONAL TOXICS NETWORK. Sie hatte im Dezember letzten Jahres die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und die Initiative DAS BESSERE MÜLLKONZEPT über die bevorstehende Giftfracht in Kenntnis gesetzt. Diese Gruppen reichten die Information umgehend an andere Verbände wie z. B. den BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND (BUND) weiter. Mit dem BUND schrieb die CBG dann einen Offenen Brief an den nordrhein-westfälischen Umweltminister Eckhart Uhlenberg und gab eine Presseerklärung heraus, die zahlreiche Medien aufgriffen.

So errang das Thema Publizität, und vor Ort in Leverkusen, Dormagen, Herten und Brunsbüttel regte sich erster Widerstand. In Herten wurde die Initiative „Pro Herten“ aktiv. Sie veranstaltete unter anderem eine Podiumsdiskussion zum Thema, die über 400 Menschen besuchten. In Brunsbüttel protestierten BürgerInnen bei einer Anhörung gegen die Anlandung der Altlast und führten eine Demonstration durch. Für den Grünen-Politiker Jürgen Ruge waren die 22.000 Tonnen Hexachlor-

Promis gegen Profit



„Wir wollen nicht zum Boykott von BAYER-Produkten aufrufen, aber jedermann weiß, dass es zu ASPIRIN preiswerte Alternativen gibt“

Der über den angekündigten Stellenabbau bei der von BAYER übernommenen SCHERING AG erboste Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei).



ABONNIEREN SIE JETZT!

C O U P O N



STICHWORT BAYER erscheint seit 1982 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle.

STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne.

Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

Ich/wir abonnieren für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-Solifonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____

Kontonr. _____

BLZ _____

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____ Alter _____

Bitte zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com



benzol made in Australien ein „erschütternder Entfernungskord“ auf dem Gebiet des Mülltourismus.

In Dormagen verteilten die Grünen und die Coordination gemeinsam Flugblätter und sammelten zahlreiche Unterschriften gegen die Giftmüll-Verbrennung. „Schon jetzt lebt man hier nicht gesund. Seit zwei Monaten riecht man etwas in der Stadt. Mein Sohn hat Asthma und Neurodermitis. Ich glaube nicht, dass wir von den Giftmüllabgasen nichts abbekommen“, sagte etwa eine Dormagenerin der *Westdeutschen Zeitung*. Die städtische „Agenda 21“-Gruppe sammelte Fragen besorgter AnwohnerInnen und übergab diese passenderweise am „Tag der Offenen Tür“, den BAYER kurzfristig am Tatort „Sondermüll-Verbrennungsanlage“ anberaumt hatte, um Gegen-Aufklärung zu betreiben. „Ist der Kontinent Australien nicht in der Lage, seinen eigenen Giftmüll zu entsorgen?“, „Welche absoluten Emissionen von Dioxin, HCB und anderen Giftstoffen werden durch die geplante HCB-Verbrennung entstehen?“, „Soll die ‚Wirtschaft‘ von BAYER mit solchen Aktivitäten angekurbelt werden?“ - das wollten die DormagenerInnen unter anderem von den Konzern-Verantwortlichen wissen.

Erste Erfolge

All dieses zeigte Wirkung. Die Anlieger-Städte Herten, Recklinghausen, Marl, Castrop-Rauxel und Leverkusen verabschiedeten Resolutionen gegen den Müll-Transport. Nur Dormagen mochte sich nicht anschließen, weil die Stadt im August 2004 der Kapazitätserweiterung der Anlage zugestimmt hatte und damit auch ihrer Bestimmung als Fernreise-Ziel von gefährlichen Chemikalien. „Würde der Rat jetzt protestieren, wäre das nicht sehr glaubwürdig“, so der Bürgermeister Heinz Hilgers, den erst JournalistInnen über die Entsorgungspläne BAYERs hatten informieren müssen.

Am 20. Februar setzte das schleswig-holsteinische Umweltministerium das Genehmigungsverfahren erst einmal aus. Es habe vergeblich auf Angaben aus Australien zum genauen Giftmix und zur Unmöglichkeit einer Entsorgung vor Ort gewartet, erklärte Ministeriumssprecher Christian Seyfert zur Begründung. Die für die nordrhein-westfälischen Müllöfen zuständige Bezirksregierung Münster hat noch keine Entscheidung gefällt, weil die australischen Behörden dem Giftmüll-Export bisher nicht offiziell zugestimmt haben.

NRW duckt sich

„Um es deutlich zu sagen, wir sind gegen den Import von Sonderabfällen aus Australien, zumal der Transport derart gefährlicher Abfälle über riesige Entfernungen erhebliche Risiken birgt“, erklärte der nordrhein-westfälische Umweltminister Eckhart Uhlenberg im Landtag und plädierte für eine Abschaffung des Mülltourismus. Das hört sich in den offiziellen Verlautbarungen aus seinem Haus jedoch ganz anders an. In der Bilanz zur Ein- und Ausfuhr von Giftmüll brüstet sich das Ministerium noch mit der Attraktivität NRWs als Müll-Standort. „Dieses hohe Niveau des Imports gefährlicher Abfälle ist Ausdruck einer leistungsfähigen Entsorgungsinfrastruktur“, heißt es dort. Offensichtlich wohnen zwei Seelen in der Brust des CDU-Politikers, weshalb er sich wegduckt. Politisch sei er machtlos, sagte er mit Verweis auf die Abfallverbringungsverordnung der EU. Wenn das Hexachlorbenzol in Australien nicht fachgerecht entsorgt werden könne, gebe es keine Handhabe gegen den Import, so Uhlenberg. Brüssel spielte den Ball jedoch umgehend zurück. „Die Entscheidung ist nicht durch EU-Recht gebunden, sondern liegt im Ermessen der Empfängerländer“,

Es geht um alles!

Wir haben den Stoff, den Sie brauchen! Sie verzweifeln am Elend der Welt? Wir bieten die Upper, die Sie aufmuntern! Sie ertragen keine Schönfärbereien? Wir haben die passenden Downer! Sie wollen sich amüsieren, Ihren geistigen Horizont erweitern oder andere Welten kennen lernen? Wir haben alles, denn es geht um alles: Abonnieren Sie jetzt auf jungle-world.com!



JUNGLE-WORLD.COM

500 neue Abos für die  **Jungle World**
Die Wochenzeitung
JUNGLE-WORLD.COM

gab die Sprecherin des Brüsseler Umweltkommissars Stavros Dimas, Barbara Helfferich, zu Protokoll. Das brachte den CDU-Politiker, der in der Vergangenheit durchaus schon gegen Müllimporte interveniert hatte, ganz schön in die Bedrouille, zumal auch die Baseler Konvention Handlungsspielräume eröffnet. Das internationale Abkommen spricht jedem Land das Recht zu, die Annahme von Giftmüll zu verweigern und fordert dazu auf, den grenzüberschreitenden Müllhandel auf ein Minimum zu begrenzen. Aber der Umweltminister wollte sich trotz alledem immer noch nicht aus der politischen Bewegungsstarre lösen und appellierte an Sigmar Gabriel, den Fall zu übernehmen. Die taz kommentierte daraufhin scharf: „Denn Uhlenberg kann die Giftverbrennung tatsächlich nicht verhindern, weil die schwarz-gelbe Landesregierung überhaupt kein Interesse daran hat, ein lukratives Auslandsgeschäft von BAYER zu torpedieren oder dem Beseitigungsstandort NRW zu schaden. Wer wirtschaftlich denkt, darf den Giftmülldeal nicht platzen lassen. Wer sich tatsächlich um die Gesundheit seiner Landsleute und die immensen Umweltrisiken auf dem langen Seeweg sorgt, der könnte das!“

BAYERs Müll-Ofen

Darum sorgt sich auch BAYER herzlich wenig. „Das fällt erst in unsere Verantwortung, wenn die Transporte vor den Werkstoren stehen“, meint Pressesprecher Christian Zöller. Nur für seine Verbrennungsanlagen verbürgt der Konzern sich. „Wir befinden uns mit unserer Expertise an der Weltspitze“ behauptet das Unternehmen. Was zu bezweifeln ist, denn moderne Verfahren wie etwa die Kälte-Behandlung setzt BAYER nicht ein. Zöller aber verweist auf die große Erfahrung mit dem einst selbst hergestellten, seit 1981 nicht mehr als Pestizidwirkstoff zugelassenen Hexachlorbenzol. Aber in Luft auflösen lassen könnte selbst die beste Beseitigungstechnik die Substanz nicht. Nach Meinung des Düsseldorfer Mikrobiologie-Professors Harry Rosin bleiben auch bei solchen Prozessen „krebserregende Partikel“ übrig. So produziert die Rückstandsverbrennungsanlage nicht wenige gesundheitsgefährdende Rückstände: z. B. Dioxine, Furane, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickoxide, Salzsäure, Rauchgas, Filterrückstände, Schlacke, verschmutzte Abwässer und Feinstäube. Was davon nicht direkt in Wasser, Boden und Luft landet, findet

seinen Weg zu den Sondermülldeponien. Wieviel Giftstoffe die Verbrennungsanlagen in Leverkusen-Bürrig und Dormagen ausstoßen, verrät BAYER INDUSTRY SERVICES nicht. Nur, dass die Werte für Stäube, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Hydrogenchlorid, Chlorwasserstoff, Stickoxide, Fluorkohlenwasserstoffe, Cadmium, Thallium und Quecksilber allgesamt im grünen Bereich liegen, sprich: die zulässigen Grenzwerte nicht überschreiten. Das ist auch keine allzu große Kunst, denn das Maß aller Dinge bei der Festlegung war nicht etwa die menschliche Gesundheit, sondern die technische Machbarkeit. Trotzdem schafften es die BAYER-Öfen bis in die 90er Jahre hinein oft, darüber hinauszuschießen, und mehr Dioxin und Stickstoff zu produzieren als erlaubt. Noch heute schrammen die BIS-Anlagen bisweilen nur knapp an einer Überschreitung vorbei, etwa bei Stickoxiden. Mit 160 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft befindet sich der Wert nach den neuesten Erhebungen nur knapp unter der noch zulässigen Marke von 200 mg/m³. Und allzu häufig gilt: Nichts Genaueres weiß man nicht, da der Konzern die Emissionen solcher Stoffe wie Quecksilber, Cadmium, Thallium und Fluorkohlenwasserstoffe nicht regelmäßig messen muss. Die absoluten Emissionswerte musste die CBG beim Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Verbraucherschutz erfragen. Allein die Leverkusener Müllverbrennungsanlage stößt laut der Aufstellung für 2004 jährlich 22 Tonnen Schwefeldioxid, 10 Tonnen Stickoxide aus. In Dormagen werden 67 Tonnen Stickoxide und knapp 5 Tonnen Schwefeldioxid emittiert. In Leverkusen haben sich die Zahlen für Schwefeldioxid gegenüber dem Jahr 2000 verdoppelt und in Dormagen sogar vervierfacht.

Die Unfälle

Als ob es noch eines Beweises für die Gefährlichkeit der Müllschlucker bedurft hätte, brach just zum Höhepunkt der Proteste in der Hertener Anlage ein Feuer aus, woraufhin sie ihren Betrieb teilweise einstellen musste, weitere Pannen folgten. Der letzte große Zwischenfall bei der BAYER-Rückstandsverbrennung ereignete sich im Oktober 2003. Ein Container, der Reste einer Basis-Chemikalie enthielt, erhitzte sich auf 120 Grad (Normaltemperatur: 70 Grad). Wegen der Explosionsgefahr sperrte die Feuerwehr das Gelände großflächig ab und unterbrach den Zugverkehr auf der Strecke Köln-Neuss. Dann

Echo

M.-L. St., Dresden: „Ein Riesenlob für Eure Internetseite. Hab mir gleich alle Flugblätter heruntergeladen!“

U. T.: „Ihnen und Ihrer engagierten Organisation wünsche ich für das neue Jahr alles erdenkliche Gute und viel Erfolg“.

GENETICS FOUNDATION, Niederlande: „Bitte sendet uns Euren englisch-sprachigen Newsletter keycode BAYER zu. Ihr macht gute Arbeit. Dank dafür!“

K. C. (CITIZENS FOR ALTERNATIVES TO CHEMICAL CONTAMINATION, USA): „Ich erhalte Euren Newsletter und habe ihn in der Vergangenheit immer an Leute aus dem Chemie-Tal in Sania weitergeleitet (...) Ich respektiere Eure Arbeit und bin dankbar dafür.“

K. W.: „Dankenswerterweise erhalte ich immer wieder Ihren Newsletter, den ich mit großem Interesse lese und auch an unsere in Dortmund studierende Tochter weiterleite. Wenn sie auch schon einmal mit BAYER als zukünftigem Arbeitgeber geliebäugelt hat, so denke ich, dass das 'Thema' für sie inzwischen 'durch' ist“.

N. R.: „Ich drücke weiterhin fest die Daumen, dass Eure Arbeit zumindest einen Teil der Schweinereien dieser Konzerne verhindern helfen kann“.

B. N. zum Giftmüll-Import: „Ich möchte mich recht herzlich für Euren Einsatz bedanken. Ich halte es für außerordentlich wichtig, dass die Öffentlichkeit sowie Politik und Wirtschaft sich kritisch mit diesem Thema auseinandersetzen. Ich kann und will es nicht akzeptieren, dass eine der 12 giftigsten und weltweit geächtetsten Chemikalien hier in unserem unmittelbaren Lebensraum verbrannt und endgelagert werden soll.“

J. M., Chemnitz: „Danke für Eure Zivilcourage und das im Interesse aller Bürger, denen Fürsorgepflicht und Verantwortungsbewusstsein für kommende Generationen und der Erhalt der Schöpfung noch am Herzen liegen, gezeigte Engagement“.



öffnete sie den Container mit Spezial-Werkzeugen und füllte die gefährliche Substanz in einen Auffang-Behälter. Im August 1986 fiel im Krefelder Müllöfen die Abgaswäsche aus, und eine gelbliche Rauchwolke trat aus. Vier Monate vorher gab es eine Explosion in der Leverkusener Abfall-beseitigungsanlage, die Nitrose freisetzte. Kilometerweit konnten die Menschen das Gas riechen. „Die menschliche Nase ist eben ein sehr empfindliches Organ“, kommentierte der damalige Werksleiter Rosahl trocken. Zu diesem Zeitpunkt stand die Anlage noch nicht einmal fünf Jahre wieder - ein großer Knall hatte sie im Juli 1980 größtenteils zerstört.

Das CBG-Engagement

Wegen dieser Anfälligkeit und der Schadstoff-Ausstöße protestierte die Coordination immer wieder gegen die bestehenden und geplanten Müllöfen von BAYER. Sie unterstützte in den achtziger Jahren die Brunsbütteler Antimüll-AktivistInnen, die der Konzern ausmanövrieren wollte, indem er das Gelände rund um das Baugebiet aufkaufte, um Prozesse von NachbarInnen zu verhindern. Im Januar 1988 reichte die CBG gemeinsam mit anderen

Initiativen und den Grünen eine Einwendung gegen den Bau der Dormagener Rückstandsverbrennungsanlage ein. Die UmweltschützerInnen forderten darin eine Begrenzung der Emissionen von Salzsäure, Schwermetallen und anderen gefährlichen Stoffen, bemängelten die unzureichende Sicherung gegen Störfälle und kritisierten die anvisierte Entsorgungskapazität von 50.000 Tonnen im Jahr. „Zur Zeit werden aus Leverkusen, Krefeld und Dormagen zusammen nur etwa 20.000 Tonnen außerhalb der Werke verbrannt“, gab der Grünen-Politiker Harry Kunz zu Bedenken und warnte schon damals vor Mülltourismus. Und im Jahr 1990 reiste ein CBGler sogar ins italienische Filago, um den Widerstand der AnwohnerInnen gegen eine BAYER-Dreckschleuder zu unterstützen.

BAYER reagiert

Dieses Engagement schuf ein Bewusstsein für die Gefahren der aus den Schornsteinen kommenden Rückstände, was zu schärferen Umweltgesetzen führte, die BAYER & Co. zwangen, ihre Anlagen umzubauen. Aus freien Stücken hätte der Konzern niemals in neue Techniken investiert. Der Leverkusener Multi gibt

das auch ganz offen zu. „Die Anforderungen der 17. BImSchV (Bundesimmissionschutz-Verordnung, Anm. SWB) machten Mitte der 90er Jahre eine weitergehende Rauchgasreinigung notwendig“, heißt es beispielsweise in einer BIS-Broschüre. Gegen solche neuen Richtlinien sträubte sich der Konzern stets bis zuletzt. Er ging 1993 sogar so weit, gegen das Abfallgesetz zu klagen und Vorstandsvorsitzende wie Manfred Schneider warnten immer wieder vor „Überregulierungen“.

Auch jetzt bringt sich der Agro-Riese wieder in Stellung und versucht auf allen Ebenen Einfluss zu nehmen, um sich das schmutzige Geschäft nicht entgehen zu lassen. Er lud zu einem „Tag der Offenen Tür“ in Dormagen ein und wandte sich mit einem Flugblatt an die Bevölkerung. Auf landespolitischer Ebene setzt der Konzern auf seinen ehemaligen Laborleiter Karl Kress, inzwischen Altersteilzeitler. Er ist seit 2000 Landtagsabgeordneter der CDU und hat sich - wen wundert's - besonders der Umweltpolitik verschrieben. „Wenn es stimmt, dass es weltweit nur fünf vergleichbare Anlagen gibt, macht eine Entsorgung hier Sinn“, tönte Kress zur Überraschung seiner nicht über seinen beruflichen Werdegang informierten KollegInnen

Mit den Aktien-Stimmrechten vieler KleinaktionärInnen konfrontieren wir Vorstand, Aufsichtsrat und die Öffentlichkeit mit den Kehrseiten der BAYER-Gewinne.

Wir treten ein für Umweltschutz, soziale Sicherung und Menschenrechte. Falls auch Sie BAYER-Aktien besitzen, überlassen Sie die Stimmrechte nicht den Banken. Übertragen Sie Ihre Stimmrechte uns.



Ihre Hilfe ist erforderlich

Kritische BAYER-AktionärInnen • *Coordination gegen BAYER-Gefahren*
 Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf • Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
 e-mail: CBGnetwork@aol.com

Ja, ich habe Interesse:

Name : _____ Alter: _____
 Adresse : _____
 Telefon : _____ Fax: _____



Proteste in Brunsbüttel

im Umweltausschuss. Die CBG machte diese BAYER-Bande in einer Presseerklärung publik. Das bedeutete „Stress für Kress“. Die Nachricht ist „in Dormagen wie eine Bombe eingeschlagen“, berichteten die Kooperationspartner von der AGENDA-Gruppe. Die Lokalzeitungen berichteten ausführlich. Karl Kress sah sich zur Schadensbegrenzung gezwungen und lud die Giftmüll-GegnerInnen zu sich in den Landtag ein, was diese allerdings dankend ablehnten. Im Leverkusener Stadtrat hingegen „legte sich niemand so sehr für BAYERS Know-how ins Zeug wie Klaus Naumann, FDP“, schrieb der *L Leverkusener Anzeiger*. Er verstieg sich sogar dazu, die Entsorgung zur „ethischen Aufgabe“ zu erheben. Es dürfte für Naumann wohl eher eine berufliche Aufgabe gewesen sein, denn der Chemiker arbeitete lange im Monheimer Pestizid-Zentrum von BAYER.

Der Leiter des BAYER-Stabes „Politik und Umwelt“, Wolfgang Große Entrup, tut derzeit in seinem Nebenjob als Chef der Umweltkommission beim CDU-Wirt-

schaftsrat alles, um Müllgeschäfte in großem Stil zu erleichtern. Das Zauberwort dafür heißt „Entbürokratisierung“. Eine solche für die EU-Abfallverbringungsverordnung einzuleiten, steht für 2007 ganz oben auf der Agenda der industriellen UmweltpolitikerInnen.

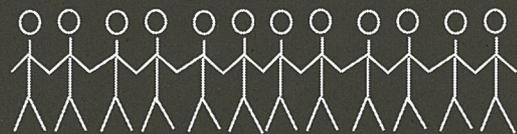
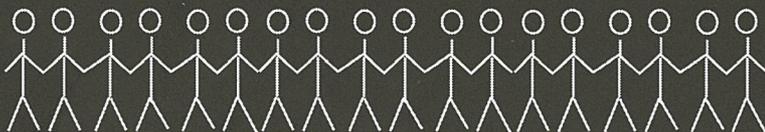
Darin wissen sie sich mit dem „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“ einig, eine mit VertreterInnen von BAYER und anderen Unternehmen bestückte Institution (siehe *SWB* 3/06). Diese Quasi-Ausgründung der nordrhein-westfälischen Umweltpolitik tritt ebenfalls für Lockerungen auf dem Entsorgungssektor ein. Auf offiziellem, mit Landeswappen geschmückten Papier wandten sich die verstaatlichten Konzern-VertreterInnen an Brüssel: „Der „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“ erwartet von der EU bei der künftigen Abfall-Strategie und von der Revision der Abfallrahmenrichtlinie, dass der Abfallbegriff auf bewegliche Sachen beschränkt bleibt“. Und die Bundesrepublik betreibt ebenfalls Sprachpolitik und möchte Müll nicht mehr Müll nennen,

sondern „Nebenprodukt“ und Rückstandsverbrennungsanlagen wie die Dormagener „Wiederverwertungsanlagen“ - und mit den netteren Worten natürlich auch eine nettere Behandlung verbinden.

Importweltmeister BAYER

Auch für BAYER ist der giftige Abfall made in Australien nichts als eine Ware. „Wir sind ein Wirtschaftsunternehmen und verdienen damit Geld“, so ein BIS-Sprecher. Und das schmutzige Geschäft floriert so gut, dass der Konzern im Jahr 2004 die Brennofen-Kapazität in Dormagen um 19.000 Tonnen auf 75.000 Tonnen erweitern musste. „Für den eigenen Bedarf war diese Kapazitätsausweitung nicht nötig“, gestand der Öffentlichkeitsarbeiter. Die Anlagen von BAYER und anderen Firmen haben sich so zu „Müllstaubsaugern“ (Bärbel Höhn) entwickelt und Nordrhein-Westfalen zum Sondermüll-Importland Nr.1 gemacht. Von 90.000 Tonnen im Jahr 1997 auf 610.000 Tonnen 2005 stiegen die Zahlen; der „ganz normale“ Abfall ist drei Millionen Tonnen schwer. Und wenn die Müllschlucker den Hals nicht vollkriegen können, besteht natürlich auch keine Notwendigkeit für die Industrie, sich auf eine Müllvermeidungsdiät zu setzen. Da ist es höchste Zeit, den Stecker rauszuziehen. Zumindest im Fall der 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol stehen die Chancen für einen umgekehrten Düsenantrieb nicht allzu schlecht, zumal australische UmweltschützerInnen und Müllöfen-Betreiber auf Entsorgungsmöglichkeiten down under verweisen.

solidarität ist



eine waffe

deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto



ROTE HILFE E.V.
www.rote-hilfe.de

Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund



Spuren hinterlassen.

Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

Fax 0211 - 26 11 220

Absender/in:

Vorname, Name

PLZ, Ort

Straße, Haus-Nr.

Telefon, Fax

Alter

**Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 150418 40081 Düsseldorf**

eMailCBGnetwork@aol.com





Herausgeber

- Norman Birnbaum
- Micha Brumlik
- Dan Diner
- Jürgen Habermas
- Detlef Hensche
- Rudolf Hickel
- Jörg Huffschnid
- Walter Jens
- Reinhard Kühnl
- Claus Leggewie
- Ingeborg Maus
- Klaus Naumann
- Jens G. Reich
- Rainer Rilling
- Irene Runge
- Karen Schönwälder
- Friedrich Schorlemmer
- Gerhard Stuby und
- Rosemarie Will

Unabhängig, kritisch und kontrovers

Lernen Sie die führende politisch-wissenschaftliche Zeitschrift im deutschen Sprachraum kennen. In den „Blättern“ lesen Sie jeden Monat auf 128 Seiten Analysen und Alternativen, Kommentare sowie Informationen zum politischen Zeitgeschehen.

Leseproben und Bestellungen auf www.blaetter.de.

JETZT PROBEHEFT BESTELLEN

Ja, Ich bestelle ein:

- Probeabo: 2 Monate für 10,- € (ohne autom. Verlängerung!)
- Abo (75,60 €, erm. 58,20 €)
- kostenloses, älteres Probeheft

Datum, Unterschrift

Blätter Bestellservice, Postfach 540246, 10042 Berlin, abo@blaetter.de

Wissenschaftler halten dagegen, dass es eine Müllverbrennung ohne schädliche Emissionen nicht gebe. Selbst bei den besten Anlagen würden krebserregende Partikel in die Luft geblasen. Und irgendwann komme der ganze Dreck dann wieder auf die Erde zurück. Die Moleküle würden dort etwa von grasenden Kühen gefressen und so in die Nahrungskette gelangen. Selbst kleinste Giftmengen reichten dann aus, die Gesundheit von Menschen zu schädigen.

DER SPIEGEL

Philipp Mimkes, COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN: „Verbrennung von Sondermüll führt zu erhöhten Emissionen. Man darf auch nicht die Schlacken und Filterstäube vergessen, die deponiert werden müssen, die sind ein giftiges Erbe für künftige Generationen. Es kann nicht sein, dass ein dicht besiedeltes Gebiet wie NRW das Ziel internationaler Giftmülltransporte wird - und jetzt auch aus Übersee.“

WDR-Fernsehen

Nordrhein-Westfalens BUND und die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) fordern in einem Brief Minister Uhlenberg auf, die für die Genehmigung zuständigen Bezirksregierungen anzuweisen, den Giftmüllimport zu unterbinden. Nordrhein-Westfalen dürfe nicht „zum Müllklo des gesamten Globus werden“.

taz

„Diese Art von Mülltourismus gehört abgeschafft.“ Mit diesen Worten reiht sich Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) ganz vorne bei den Kritikern ein. Der Haken: Laut Uhlenberg hat die Landesregierung keine Handhabe gegen den Transport von bis zu 22.000 Tonnen mit hochgiftigem Hexachlorbenzol (HCB) verseuchten Stoffen in verschiedene Müllverbrennungsanlagen des Landes. Genehmigungsbehörden seien die Bezirksregierungen, und diese seien an EU-Recht gebunden. Eine Argumentation, die Philipp Mimkes von der „COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN“ erbot: „Wenn der Minister tatsächlich unserer Meinung ist, dann soll er den Transport untersagen und die Firmen auf den Klageweg verweisen. Dann würde man sehen, ob sie wirklich im Recht sind - ich glaube das nicht.“

Neues Deutschland

Der nordrhein-westfälische Landesverband des BUND und die COORDINATION

GEGEN BAYER-GEFAHREN fordern, dass die Vereinbarung mit dem australischen Unternehmen ORICA südlich von Sydney rückgängig gemacht wird. Gleichzeitig haben sie Kontakt zu den australischen Behörden aufgenommen. Es sei nicht hinnehmbar, dass eine dicht besiedelte Region wie NRW zum Ziel internationaler Giftmülltransporte werde. Die wirtschaftlichen Interessen der beteiligten Unternehmen müssten hinter dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung zurücktreten.

Neuss-Grevenbroicher-Zeitung

Der Minister bekam gestern einen Brief vom BUND und der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, in dem die Organisationen ein Verbot des Giftmüllimports fordern. In den Abfallverbrennungsanlagen der BAYER AG in Leverkusen und Dormagen sollen nämlich weitere 6.000 Tonnen des australischen Mülls entsorgt werden. Es sei jedoch nicht hinnehmbar, dass eine dicht besiedelte Region wie NRW zum Ziel internationaler Giftmülltransporte werde, so die Umweltschützer. „Wir verstehen die Bedenken“, sagt eine Ministeriumssprecherin.

taz

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat soeben eine Unterschriftenkampagne gegen den Import von Giftmüll aus Australien gestartet. Denn mittlerweile nutzt der BAYER-Konzern seine Müllverbrennungsanlagen längst nicht mehr nur, um die eigenen Giftstoffe zu entsorgen, wofür der Bau der Anlagen eigentlich genehmigt wurde. Inzwischen werden ebenso fleißig auswärtige Aufträge angenommen, allein im Jahr 2004 haben über 300 Firmen ihren Giftmüll in den Verbrennungsanlagen von BAYER entsorgt. Die Entsorgung der 4500 Tonnen HCB aus Australien bringt BAYER einen Umsatz von drei Millionen Euro.

Junge Welt

Der nordrhein-westfälische Landesverband des BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND (BUND) und die „COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN“ kritisierten im Zusammenhang mit dem Streit um den australischen Müll, wegen der in den 90er Jahren aufgebauten Verbrennungs-Überkapazitäten sei NRW bei einer jährlichen Menge von über 600.000 Tonnen Import-Sondermülls schon jetzt das „Müll-Klo der halben Welt“.

Kölner Stadtanzeiger

GEHEIM

das "Fachblatt"
aus Köln ("Der Spiegel")

**VERFASSUNGSSCHUTZ
DEMOKRATIEABBAU
CIA, BND, MOSSAD
MILITÄRSTRATEGIEN
"SCHMUTZIGE KRIEGE"
REPRESSION UND
WIDERSTAND**

**ÜBER DAS UND
NOCH VIEL MEHR
SCHREIBT GEHEIM
VIERTELJÄHRLICH UND
UNABHÄNGIG
Probeexemplare
und Infos
bei/über:**

www.geheim-magazin.de

**GEHEIM-Redaktion
Postfach 270324
50509 Köln
Tel: 0221/283995 & 6
Fax: 0221/283997
redaktion-geheim@
geheim-magazin.de**



Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Coordinazione contro i pericoli derivanti dalla BAYER
 Coordinadora contra los peligros de la BAYER
 Coordinacao em contra dos perigos da BAYER
 Coordination contre les dangers liés à BAYER
 Coordination against BAYER-Dangers

**Mit
BAYER-Aktien
gegen
Konzernwillkür**

Falls auch Sie BAYER-Aktien besitzen, überlassen Sie die Stimmrechte nicht den Banken. Übertragen Sie Ihre Stimmrechte uns. Treten Sie mit uns ein für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Menschenrechte.

**Informationen
abfordern, jetzt!**

Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf
 Fon 0211 - 33 39 11 Fax 0211 - 33 39 40
 eMail CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org

TV-Spot für BAYER-Abnehmpille verboten

Verordnete Werbe-Diät



Quelle: abdo

Erneut muss der BAYER-Konzern eine Millionen-Strafe wegen unlauterer Werbung zahlen. Wegen „irreführender Versprechungen“ verhängte die US-Wettbewerbsbehörde „Federal Trade Commission“ (FTC) eine Buße von 3,2 Millionen Dollar gegen den Leverkusener Konzern. Nach Angaben der FTC-Vorsitzenden Deborah Platt Majoras ist dies die höchste jemals von der Behörde verhängte Zivilstrafe.

Von Philipp Mimkes

Als „unerhört“ bezeichnete Deborah Platt Majoras von der US-amerikanischen Handelskommission FTC einen BAYER-Werbefilm für die Diät-Pille ONE-A-DAY WEIGHTSMART. In dem Spot führt eine Gymnastik-Gruppe die Übung „heben, drehen, beugen“ vor. Zu sehen sind zehn Frauen in Sportkleidung, die im Chor sprechen: „Einfach die Flasche heben, den Verschluss drehen und das Handgelenk beugen“, um dann eine Pille herauszunehmen. In verschiedenen Werbefilmen und Anzeigen finde sich die unbewiesene Behauptung, wonach das Präparat den Stoffwechsel anrege, so Platt Majoras. BAYER verstößt damit nach Ansicht der FTC-Vorsitzenden gegen eine frühere Auflage der Wettbewerbsbehörde, wonach Aussagen zu Vitamin- und Diätprodukten des Konzerns auf wissenschaftlichen

Studien beruhen müssen. Darum ist der Pharma-Riese gezwungen, seine Kampagne für die Abnehm-Pille, mit der er einen jährlichen Umsatz von 30 Millionen Dollar erwirtschaftet, einzustellen.

Philipp Mimkes von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG): „Ob bei Potenzmitteln, Schmerzmitteln oder nun bei Diätpillen, immer wieder setzt der BAYER-Konzern auf unlautere Werbemethoden. Es ist geradezu grotesk, dass das Unternehmen bis vor kurzem Fress-Wettbewerbe sponsorte und nun mit der Autorität eines Markenartikel-Herstellers vorlügt, dass die tägliche Einnahme einer Pille für Gesundheit und Schlankheit Sorge. BAYER gefährdet dadurch wesentlich die Gesundheit von Patienten und Konsumenten“. Die CBG fordert, Werbung für Pharmazeutika und Nahrungsergän-

zungsmittel in Massenmedien generell zu verbieten. „Laien sind häufig nicht in der Lage, haltlose Versprechungen von Pharma-Produzenten zu durchschauen. Die Information über Medikamente gehört daher in die Hände von Ärzten und unabhängigen Prüfern – nicht in die der Verkäufer, die nichts anderem folgen als ihren Profitinteressen“, so Philipp Mimkes weiter.

Bereits mehrfach wurde BAYER für Werbeaktionen angemahnt oder bestraft. Im Sommer ließ der Konzern in Rio de Janeiro Proben seines Potenzmittels LEVITRA an Fußballfans verteilen, ohne auf die teils schweren Nebenwirkungen hinzuweisen. In den USA musste BAYER eine TV-Werbung für das gleiche Präparat wegen irreführender Angaben und fehlender Warn-Hinweise stoppen.

WECHSEL WIRKUNG

Wissenschaft & vernetztes Denken



Heft 139:
**Weltproblem Klimawandel -
 was wissen wir, was müssen wir tun?**

Mit Beiträgen von: Christian-Dietrich Schönwiese,
 Thesen des Potsdamer Instituts für Klimaforschung,
 Regine Günther, Hans-Josef Fell und Christian Pfeiffer

Außerdem im Heft:

Beiträge aus den Bereichen Philosophie, Gesellschaft und
 Business, Robotertechnik

Die **WechselWirkung** gibt es 6mal im Jahr für 6,40 Euro am Kiosk.
 Probeabos für 12 Euro (3 Ausgaben) bitte bestellen unter: marketing@wechselwirkung.com

WECHSELWIRKUNG

SWB dokumentiert:

Offener Brief an Angela Merkel



Jahre
umweltminister
Angela Merkel

BAYER-Chef Werner Wenning und andere Unternehmensbosse forderten Angela Merkel in einem Offenen Brief auf, bei der EU mehr Kohlendioxid-Verschmutzungsrechte für die Konzerne herauszuschlagen. Das veranlasste wiederum die COORDINATION, ihrerseits einen Offenen Brief an die Kanzlerin zu schreiben und sie darin über die anderen Klimasünden des Pharma-Riesen zu informieren.

Sehr geehrte Frau Merkel, wir reagieren mit diesem Schreiben auf den vom BDI initiierten Offenen Brief, in dem 15 Konzern-Vorstände die von der EU vorgeschriebene Emissionsminderung attackieren. Wir fordern, dass die Industrie notfalls gezwungen werden muss, ihre CO₂-Emissionen zu mindern. Außerdem fordern wir, dass alle Groß-Unternehmen ihre Treibhaus-Emissionen vollständig offenlegen müssen, das heißt inklusive der Emissionen ihrer Zulieferer.

Unser Verein beschäftigt sich seit 25 Jahren mit Risiken, die von der Geschäft-

stätigkeit des BAYER-Konzerns ausgehen. Zum Thema „Klimaschutz“ schreibt BAYER in seinem Nachhaltigkeitsbericht 2005, dass „konzernweit die direkte Emission klimarelevanter Gase seit 1990 deutlich über 60 % reduziert“ wurde. Diese Erfolgsbilanz verbindet das Unternehmen mit Forderungen an die Politik wie der Abschaffung von Ökosteuer und Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie einem entschärften Emissionshandel.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass der Rückgang der Emissio-

nen von BAYER zum Teil nur auf dem Papier existiert:

- Der Fremdbezug von Energie stieg im Berichtszeitraum stark an - während BAYER 1992 noch 83 Prozent seines Energiebedarfs selbst erzeugte, waren es zehn Jahre später nur noch 58 Prozent. Die restlichen 42 Prozent bezog der Konzern von externen Anbietern. Die bei der Erzeugung anfallenden CO₂-Emissionen werden in der Klimabilanz des Unternehmens NICHT berücksichtigt.
- Im Jahr 2001 wurde eine 50-prozenti-

ge Beteiligung an der EC ERDÖLCHEMIE verkauft. Die Erdölchemie hatte fast ein Viertel der Produktionsmenge des BAYER-Konzerns ausgemacht und war für einen CO₂-Ausstoß von 3,1 Mio. to pro Jahr verantwortlich. Diese Emissionen wurden nicht eingespart, sondern nur umgebucht - auf das Konto des neuen Besitzers BP.

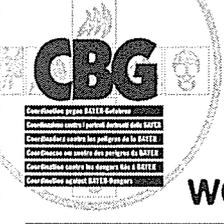
Die für den Klimaschutz einzig relevante Größe - der CO₂-Ausstoß in der gesamten Produktionskette - wird nicht angegeben und lässt sich aus den von BAYER bereitgestellten Daten nicht ermitteln. Auch die Unternehmensberatungen ARTHUR D. LITTLE und DR. HARDTKE kritisieren daher die Darstellung des Nachhaltigkeitsberichts in ihrem Validierungsstatement: „Zusätzlich zum Energieverbrauch werden auch die CO₂-Emissionen berichtet. Allerdings ist diese Information von begrenzter Relevanz, weil Emissionen aus der Produktion extern erzeugter Energie nicht berücksichtigt werden und die berichtete Reduzierung zum Teil aus dem zunehmenden „Out-sourcing“ der eigenen Energieerzeugung resultiert.“ Der Konzern lässt sich von der wiederholt geäußerten Kritik nicht beirren. So wiederholte der Vorstandsvorsitzende Werner

Wenning auf der vorletzten Bilanzpressekonferenz: „BAYER ist mit gutem Beispiel vorangegangen und hat seine Treibhausmissionen seit 1990 um deutlich mehr als 60 % reduziert.“ Auf der diesjährigen Hauptversammlung behauptete Wenning, dass die Reduktion des Ausstoßes von klimaaktiven Gasen um mehr als 70 % „von externen Gutachtern verifiziert“ worden sei. Hinweise auf die Nicht-Berücksichtigung der CO₂-Emissionen der Energie-Zulieferer sowie auf den Beitrag des Outsourcings unterblieben hierbei. Selbst den Begriff „direkte Emissionen“, der im Nachhaltigkeitsbericht gewählt wurde und der anzeigt, dass es zusätzliche „indirekte Emissionen“ der Energie-Zulieferer gibt, ersetzte Wenning durch den Ausdruck „Emissionen“.

Das Vorgehen von BAYER ist für uns höchst kritikwürdig: Zunächst wurde ein ausführlicher Bericht vorgelegt und validiert. Danach wurden einzelne Aussagen des Nachhaltigkeitsberichts fehlerhaft wiedergegeben und mit dem Hinweis auf die Validierung untermauert. Die Kritik der Prüfer bleibt dabei unberücksichtigt. Schließlich wendet sich das Unternehmen an Politik und Öffentlichkeit und fordert wegen der vorgeblichen Erfolge beim Kli-

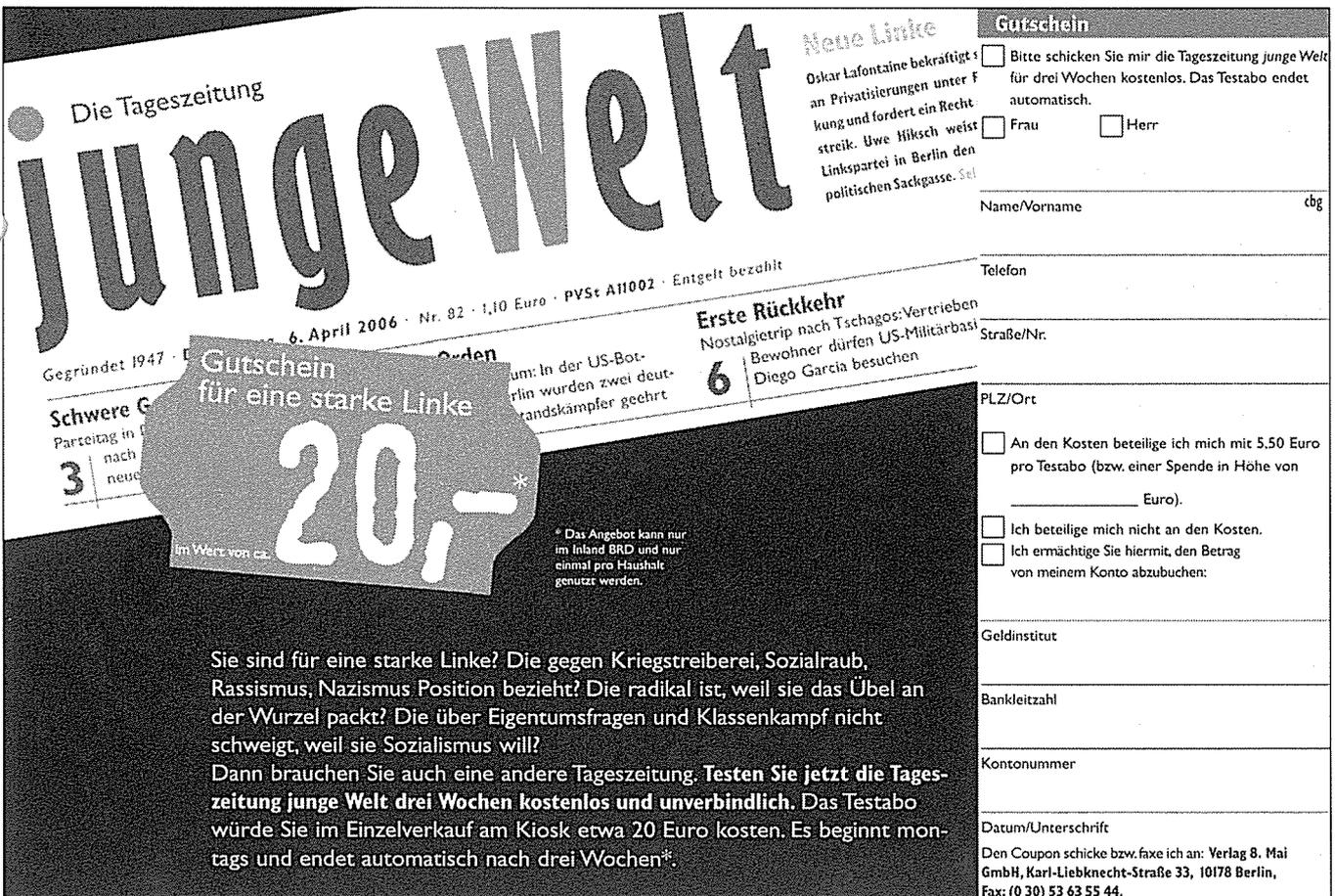
maschutz eine Abschwächung gesetzlicher Regelungen. Höhepunkt dieser Kampagne ist der Offene Brief des BDI, in dem die großen Erzeuger von Treibhausgasen von ihren früheren Versprechen abrücken. Mit buchhalterischen Tricks und unverbindlichen Selbstverpflichtungen lässt sich das Klima nicht retten. Wir fordern daher, dass große Emittenten von Klimagasen eine vollständige Bilanz ihrer Treibhaus-Emissionen vorlegen müssen, d. h. incl. ihrer Energie-Zulieferer, und dass die Industrie gesetzlich dazu gezwungen wird, ihre Emissionen kontinuierlich zu senken.

Mit freundlichen Grüßen,
Philipp Mimkes (Geschäftsführer COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V.)



Mehr als
25.000
Zugriffe
wöchentlich.

www.CBGnetwork.org



Die Tageszeitung
junge Welt

6. April 2006 · Nr. 82 · 1,10 Euro · PVS: A11002 · Entgelt bezahlt

Gutschein für eine starke Linke
20,-*

Neue Linke
Oskar Lafontaine bekräftigt an Privatisierungen unter Forderung und fordert ein Rechtstreik. Uwe Hixsch weist Linkspartei in Berlin den politischen Sackgasse. *Seit*

Erste Rückkehr
Nostalgetrip nach Tschagos: Vertrieben Bewohner dürfen US-Militärbasis Diego Garcia besuchen

Gutschein
 Bitte schicken Sie mir die Tageszeitung *junge Welt* für drei Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
 Frau Herr

Name/Vorname _____ cbg

Telefon _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

An den Kosten beteilige ich mich mit 5.50 Euro pro Testabo (bzw. einer Spende in Höhe von _____ Euro).
 Ich beteilige mich nicht an den Kosten.
 Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut _____

Bankleitzahl _____

Kontonummer _____

Datum/Unterschrift _____

Den Coupon schicke bzw. faxe ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33, 10178 Berlin, Fax: (0 30) 53 63 55 44.

Sie sind für eine starke Linke? Die gegen Kriegstreiberei, Sozialraub, Rassismus, Nazismus Position bezieht? Die radikal ist, weil sie das Übel an der Wurzel packt? Die über Eigentumsfragen und Klassenkampf nicht schweigt, weil sie Sozialismus will?

Dann brauchen Sie auch eine andere Tageszeitung. Testen Sie jetzt die Tageszeitung *junge Welt* drei Wochen kostenlos und unverbindlich. Das Testabo würde Sie im Einzelverkauf am Kiosk etwa 20 Euro kosten. Es beginnt montags und endet automatisch nach drei Wochen*.

* Das Angebot kann nur im Inland BRD und nur einmal pro Haushalt genutzt werden.

Doping-Opfer setzen sich durch

BAYER büßt für JENAPHARM



BAYER zahlt JENAPHARM-Dopingopfern einen „sozialen Beitrag“.

Von Philipp Mimkes

In der DDR wurden schätzungsweise 10.000 SportlerInnen – darunter Kinder und Jugendliche – systematisch gedopt. Die Hormonpräparate stammten zum größten Teil von dem damaligen VEB JENAPHARM, das nach der SCHERING-Übernahme nun zum BAYER-Konzern gehört.

Bei dem Dopingprogramm kam das von JENAPHARM produzierte Anabolikum Oral-Turinabol zum Einsatz. Auch Hormonsubstanzen, die nicht für Menschen zugelassen waren, wurden verabreicht. Ein Großteil der SportlerInnen erlitt schwere Gesundheitsschäden, weshalb ein Drittel von ihnen heute arbeitsunfähig und auf Sozialhilfe angewiesen ist. Die Betroffenen leiden unter anderem an Leberschäden, Krebs- und Herzerkrankungen und Persönlichkeitsstörungen. Weibliche Doping-Opfer zeigten Vermännlichungssymptome und brachten oftmals behinderte Kinder zur Welt.

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und die Bundesregierung beschlossen im Dezember 2006, die 167 am schwersten betroffenen SportlerInnen mit jeweils 9.250 Euro zu entschädigen. Nach einer Aufforderung des DOSB-Präsidenten Michael Vesper an die Adresse JENAPHARMS, sich ebenfalls zu bewegen, kündigte die BAYER-Tochter an, den Geschä-

digten einen „sozialen Beitrag“ zukommen zu lassen. Juristische Verantwortung will JENAPHARM jedoch nicht übernehmen. Zuvor hatte das Unternehmen jahrelang eine finanzielle Wiedergutmachung verweigert - noch im Oktober 2006 signalisierten AnwälteInnen die Abwehr aller Entschädigungsklagen. Im Auftrag der BAYER AG, dem neuen Besitzer von JENAPHARM, verhinderte die Kanzlei FRESHFIELDS BRUCKHAUS DERINGER die Zulassung einer Sammelklage.

Darüber hinaus veranstaltete JENAPHARM noch Anfang Dezember 2006 „eine an Peinlichkeiten kaum zu überbietende so genannte wissenschaftliche Konferenz“, wie die *Berliner Zeitung* schrieb, auf welcher der Historiker Lutz Niethammer ein von JENAPHARM finanziertes Entlastungsgutachten präsentierte. „Hier ist niemals die Rede von den Opfern gewesen. Diese Veranstaltung war der Versuch, JENAPHARM reinzuwaschen“, protestierte der Vorsitzende des Dopingopfer-Hilfvereins, der Chirurg Klaus Zöllig.

Der BAYER-Konzern wurde bereits vor der Übernahme von JENAPHARM/SCHERING regelmäßig mit Doping in Verbindung gebracht. So warf Uli Eicke, ehemaliger Weltklasse-Ruderer und Leiter des Olympia-Stützpunktes, dem Konzern vor, seiner

Leichtathletik-Abteilung über Jahre hinweg mit unlauteren Mitteln aus den eigenen Pharma-Labors Beine gemacht zu haben. Der Mittelstreckenläufer Walter Ewen äußerte, er habe „auf massiven Druck der BAYER AG“ Äußerungen zum Doping in der Laufabteilung des Unternehmens zurückgezogen. Auch andere aussagewillige AthletInnen seien beeinflusst worden.

Erst im vergangenen Sommer gab Radprofi Jörg Ludewig zu, in den 90er Jahren Dopingmittel eingenommen zu haben. Ludewig fuhr damals für den von BAYER gesponsorten Radrennstall EC Bayer Köln-Worringen. Die für BAYER Leverkusen startende Triathletin Nina Kraft, erste Gewinnerin des Ironman von Hawaii, wurde im vergangenen Jahr der Einnahme des Dopingmittels EPO überführt.

Auch die bei SportlerInnen äußerst beliebten Schmerzmittel wie ASPIRIN - „manchmal haben wir uns die Dinger eingeworfen wie Bonbons“, sagt etwa der frühere BAYER-Zehnkämpfer Frank Busemann - erfüllen für den Sportmediziner Toni Graf-Baumann den Tatbestand „Doping“. „Für mich sind Medikamente gegen den Schmerz klassische Dopingmittel. Sie sind gesundheitsschädlich, und sie erlauben höhere Leistungen im Wettkampf“, so der Mediziner.

WISSENSCHAFT

lebt von der

DISKUSSION

Seit 20 Jahren!



Die Antwort auf Wissenschafts-Dogmatismus

raum&zeit stellt neue wissenschaftliche Erkenntnisse vor und konfrontiert sie mit den Dogmen der herrschenden Lehren. Damit soll in der Öffentlichkeit wieder eine Wissenschaftsdiskussion ermöglicht werden, die in den letzten Jahren durch Wissenschafts-Propaganda beziehungsweise durch zum Teil rigorosen Wissenschafts-Dogmatismus erstickt wurde. Besonders auf den Gebieten Medizin, Biologie, Physik und Wirtschaftswissenschaften ermöglicht die Zeitschrift raum&zeit seit Jahren eine breite Wissenschafts-Diskussion.

Geistige Verkrustungen aufbrechen

Nur eine Zeitschrift wie raum&zeit, die völlig unabhängig von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Religion, Sekten etc. ist, kann es sich leisten, das freie wissenschaftliche Wort zu garantieren. Was noch vor 30 Jahren normal war, ist heute die Ausnahme: Der wissenschaftliche Disput. Er wird durch Propaganda von Pharma-Konzernen (Gentechnik, AIDS) und durch Weltbild-Dogmen (Urknall, Teilchen-Physik) ersetzt. raum&zeit versucht, diese geistige Verkrustung mit Hilfe einer ständig wachsenden Zahl von Wissenschafts-Autoren in der Öffentlichkeit aufzubrechen.

Neue Ideen braucht das Land

Der geistige Stillstand, der zu Recht besonders in Deutschland beklagt wird, hat seine Ursachen vor allem im Dogmatismus deutscher Wissenschaftspäpste, die versuchen, jede Kritik an den herrschenden Lehren – und sei sie noch so fundiert – mit Schlagworten wie "fortschrittsfeindlich", "arbeitsplatzgefährdend" oder "Scharlatanerie" im Keim zu erstickern. Nur eine völlig unabhängige Zeitschrift wie raum&zeit ist in der Lage, neue wissenschaftliche Ideen zu transportieren.

Damit ist raum&zeit die Zeitschrift der wissenschaftlichen Avantgarde.

Neugierig geworden?

Kostenloses Probeheft bestellen bei:
ehlers verlag gmbh, Geltinger Str. 14e
82515 Wolfratshausen,
☎ 08171/41 84 60; Fax: 08171/41 84 66;
e-mail: abo@ehlersverlag.de
Internet: www.raum-und-zeit.com

**raum
&
zeit**

Bestellcoupon · Bestellcoupon

Die neue Dimension der Wissenschaft

Ja,

ich möchte mich über raum&zeit informieren.
Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Diesen Coupon einfach ausfüllen,
anschnneiden und schicken an:
ehlers verlag gmbh,
Geltinger Str. 14 e, 82515 Wolfratshausen.

Name Vorname

Straße Nummer

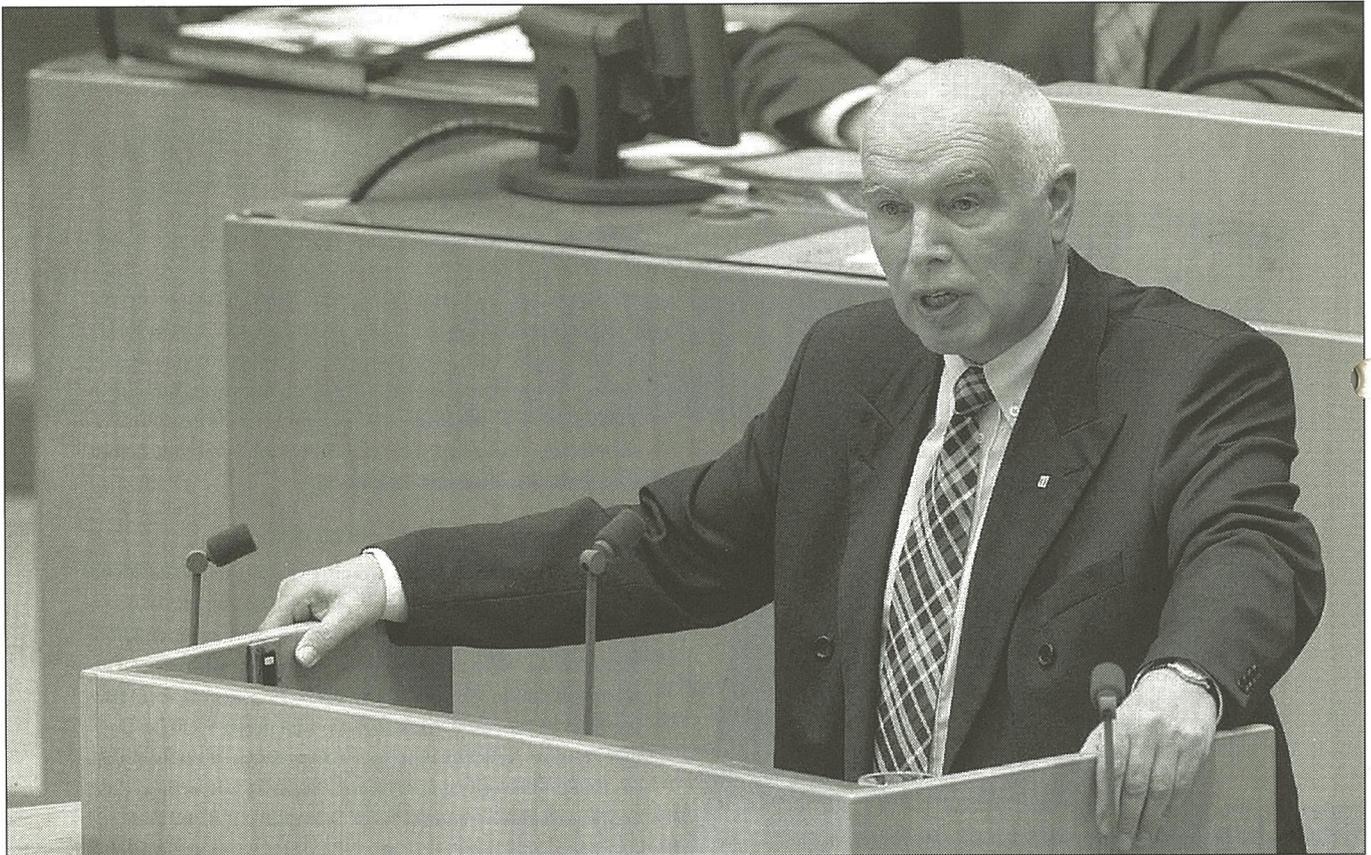
PLZ Ort

Beruf Alter (freiwillige Angabe)

„Ohne raum&zeit wüsste ich weniger“
(Kommentar eines raum&zeit-Lesers)

„den wirtschaftlichen Sachverstand in der Politik stärken“

BAYER ist überall



In der Bütt für BAYER: Der NRW-Landtagsabgeordnete Karl Kress

BAYER-MitarbeiterInnen gehen PolitikerInnen bei der Ausarbeitung von Paragraphen-Werken zur Hand, nehmen politische Mandate wahr, besetzen hochrangige Posten in den Parteien oder „dialogisieren“ mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Was der Leverkusener Multi als die staatsbürgerliche Pflicht empfindet, sich „in die gesetzgeberischen Entscheidungsprozesse einzubringen“, betrachten andere schlicht als demokratisch nicht legitimierte Extrem-Lobbyismus.

Von Jan Pehrke

Der Kapitalismus ist die Staatsform des Kapitals. Allerdings tut dieses sich manchmal schwer mit dem „Durchregieren“. Hindernisse wie die öffentliche Meinung, Wahlen oder die Gewaltenteilung stellen sich ihm des öfteren in den Weg. So können die Konzerne es nicht immer bei einem „Laissez faire“ belassen und müssen Willensbildung in eigener Sache

betreiben, obwohl sie von ihrer Warte aus in der besten aller möglichen Welten leben. Im November 2004 hat dieses Verhalten zu einem handfesten Skandal geführt, als bekannt wurde, dass der Stromkonzern RWE die beiden CDU-Politiker Hermann-Josef Arentz und Laurenz Meyer „ohne besonderen Geschäftsbezug“ auf seiner Gehaltsliste führte.

Arentz und Meyer traten zurück, aber inzwischen haben sich die Wogen geglättet. Meyer ist als Vorsitzender der CDU-Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Technologie“ abermals in Amt und Würden und darf auf der politischen Bühne die bundesdeutsche Industrie wieder gegen die Klimaschutzpläne der EU verteidigen, als wär's ein Stück von RWE. Auch der

damals als BAYER-Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag arg gescholtene Karl Kress weiß wieder, was er seinem Arbeitgeber schuldet. Der sich mittlerweile in Altersteilzeit befindende ehemalige Laborleiter hat sich mit dem Umweltschutz - unter anderem sitzt der Christdemokrat im Fachbeirat für Immissionsschutz - genau dem Politikfeld verschrieben, in welchem dem Leverkusener Chemie-Multi am meisten Ungemach droht. Das war mit den 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol made in Australien, die u. a. zur Entsorgung in der Dormagener Rückstandsverbrennungsanlage von BAYER bestimmt waren, mal wieder der Fall (siehe auch Seite 4). Während überall die Wellen der Empörung über den Mülltourismus hoch schlugen und sich selbst der NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg gegen den Gift-Import aussprach, gab sich Kress unverdrossen betriebsblind. „Wenn es stimmt, dass es weltweit nur fünf vergleichbare Anlagen gibt, macht eine Entsorgung hier Sinn“, so Kress scheinheilig.

Auch der Leverkusener Multi selbst kommt wieder aus der Deckung und bekennt sich selbstbewusst zum politischen Außendienst seiner Beschäftigten.

„Wir begrüßen es, wenn unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sich politisch engagieren. Denn Mandate und Ehrenämter haben eine herausragende Bedeutung für unser Gemeinwesen“, sagt BAYER-Boss Werner Wenning. Der Konzern fördert ein solches Engagement systematisch. Er unterstützt seine „PolitikerInnen“

„Wir bei BAYER verstehen uns als Bestandteil der Gesellschaft und sehen es daher als unsere Pflicht, uns in die gesetzgeberischen Entscheidungsprozesse einzubringen“

finanziell und logistisch, bringt sie regelmäßig mit dem Rundbrief *update* auf den neuesten Stand und hat sogar eine „Richtlinie für Mandatsträger“ herausgegeben. „Unser Ziel ist es, dass unsere Kollegen ihre vielfältigen beruflichen Erfahrungen in den politischen Willensbildungsprozess und die Gesetzgebung einfließen lassen und damit den wirtschaftlichen Sachverstand in der Politik stärken“, erläutert der BAYER-Manager Dr. Franz-Josef Berners den Masterplan.

In besonders hervorgehobener Position tut dies derzeit Wolfgang Große Entrup. Er

bringt seinen „Sachverstand“ als Leiter des BAYER-Stabes „Politik und Umwelt“ beim CDU-Wirtschaftsrat ein, wo ihm seit Herbst 2006 der Bereich „Umweltpolitik“ untersteht. Bei der Beschreibung der Kommissionsarbeit auf der homepage bleiben dann auch keine Fragen offen. „Nie waren die umweltpolitisch motivierten Belastungen für Unternehmen in Deutschland höher als in der letzten Legislaturperiode“, heißt es gleich im ersten Satz. Mit dieser Einschätzung stehen die christdemokratischen Konzern-PolitikerInnen zwar alleine da, trotzdem setzen sie alles daran, die Vertreibung aus dem vermeintlich grünen Paradies einzuleiten. Getreu dem von Große Entrup vorgegebenen Motto „Wir brauchen eine Umweltpolitik, die Bestandteil der Wirtschaftspolitik ist“ haben die WirtschaftsrätlerInnen für 2007 auf ihre Agenda gesetzt, die Biotechnologie zu fördern, Hand ans Umweltrecht und den Klimaschutz zu legen sowie Revisionen der EU-Luftqualitätsrichtlinie und der BAYER momentan besonders pressierenden Brüsseler Abfallverordnung im Sinne der Industrie zu erwirken.

Der Erfolg blieb dabei nicht aus: Die Vorschläge der Bundesregierung zur Novellie-





ProSolidar 

Leben statt Profit

Geld & Konzerne

Coupon:

Geben Sie den Solidarinteressen mehr Gewicht.

Ja, mich interessiert ProSolidar. Bitte schicken mir Unterlagen zu...

Bitte ausfüllen und uns zusenden:

Im üblichen Geldkreislauf landet das Ersparte bei Konzernen und Banken. Und finanziert dort Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Menschenrechtsverletzungen und Kriege.

ProSolidar fördert Konzernkritik und Widerstand gegen Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite. Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

Jetzt handeln. Fordern Sie das kostenfreie Anlage-Prospekt an.

ProSolidar
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220

Mail info@prosolidar.net

ProSolidar
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220
Mail info@prosolidar.net



NRW-Umweltminister Uhlenberg bei BAYER

Die Umsetzung der EU-Abfallrahmen-Richtlinie hätten kaum industrie-freundlicher ausfallen können. Müll sollte künftig nicht mehr Müll sein, sondern ein „Nebenprodukt“ und Müllverbrennungsanlagen wie die von BAYER in Dormagen betriebene „Wiederverwertungsanlagen“ heißen, sofern die bei der Entsorgung der giftigen Rückstände entstehende Wärme zum Heizen genutzt wird. Das hört sich doch alles schon viel besser an und verdient nach Ansicht von CDU und SPD auch eine bessere Behandlung. Umständliche Genehmigungsverfahren und lästige Umweltverträglichkeitsprüfungen hielten die Großkoalitionäre nicht länger für nötig. Das EU-Parlament mochte diesen Etikettenschwindel allerdings nicht mittragen und

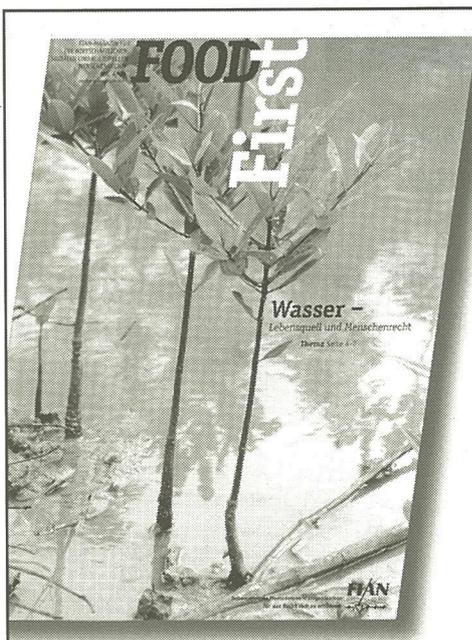
stimmte gegen eine entsprechend veränderte Richtlinie. Da half auch der ganze Einsatz des nordrhein-westfälischen CDU-Politikers Karl-Heinz Florenz nichts, der bis vor kurzem dem EU-Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit vorstand und bei BAYER ein und aus geht. Florenz setzt nun auf Sigmar Gabriel: „Ich hoffe, dass Umweltminister Gabriel seine Ratskollegen auf eine realistische Linie einschwören kann“. Florenz' Kollegen von der Düsseldorfer Landesregierung teilen diese Hoffnungen, was nicht weiter verwundert, denn an seinem Stammsitz darf der Leverkusener Multi mitregieren. „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“ nennt sich das mit Vertre-

terInnen von BAYER und anderen Konzernen bestückte Gremium, mittels dessen das Land seine Umweltpolitik quasi ausgliedert hat. Auf offiziellem, mit Landeswappen geschmückten Papier durften BAYER & Co. Brüssel Druck in Sachen „Abfall“ machen. „Der Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW erwartet von der EU bei der künftigen Abfall-Strategie und von der Revision der Abfallrahmenrichtlinie, dass der Abfallbegriff auf bewegliche Sachen beschränkt bleibt“, formulierten die KonzernpolitikerInnen streng und forderten überdies laschere Vorschriften für Genehmigungsverfahren und Abfallbewirtschaftungspläne sowie den Verzicht auf eine Abfallvermeidungsstrategie.

Aber nicht nur in Sachen „Müll“ entfaltet der Dialog Aktivitäten. Er unterhält zudem Arbeitskreise zum Immissionsschutz, zur Ressourceneffizienz und den vom BAYER-Mann Andreas Schendel geleiteten zum Gewässerschutz. Laut Grundsatz-Erklärung ist die traute Runde „Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung von Staat und Wirtschaft für umweltverträgliches Wachstum in Nordrhein-Westfalen“.

„Wir begrüßen es, wenn unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sich politisch engagieren“

Wobei über die Prioritäten kein Zweifel herrscht. „Eine gute wirtschaftliche Basis ist die Voraussetzung für weitere Fortschritte in den Bereichen Nachhaltigkeit und sozialer Entwicklung“, heißt es in dem Text unmissverständlich. Auf Bundesebene „dialogisiert“ BAYER ebenfalls. So gehört der Vorstandsvorsitz



FOODFirst

Das FIAN-Magazin für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte

- Informieren Sie sich über die Möglichkeiten, dem Hunger in der Welt mit Menschenrechtsarbeit entgegen zu treten.
- Erfahren Sie mehr über das Recht auf Nahrung und die Erfolge unserer Arbeit in konkreten Einzelfällen.
- Unterrichten Sie sich regelmäßig über die Arbeit FIANS auf politischer Ebene und vor Ort.

Bestellen Sie ein kostenloses Probeexemplar!

FIAN-Deutschland
Düppelstraße 9-11 • 50679 Köln
Tel. 0221/7020072 • Fax 0221/7020032
fian@fian.de • www.fian.de



Mit Menschenrechten gegen den Hunger



Dialog-Gruppenbild ohne BAYER

zende Werner Wenning dem vom ehemaligen SIEMENS-Chef Heinrich von Pierer geleiteten „Rat für Innovation und Wachstum“ an. Laut Bundesregierung ist er „ein informelles Beratungsgremium der Bundeskanzlerin“. Besonders Kenntnisse der Betriebswirtschaft vermitteln Wenning & Co. der Politikerin und geben Antwort auf so diffizile Fragen wie: „Wo kann politisches Handeln den Hebel ansetzen, um innerhalb der Wertschöpfungskette die Abläufe zu optimieren?“. Diesen privilegierten Zugang zur Macht hatten bislang alle BAYER-Granden. Wie kurz die Dienstwege für die Chemie-Multis waren, beschrieb jüngst der ehemalige HOECHST-Chef Jürgen Dormann in einem Interview. „Als ich bei HOECHST den Vorsitz übernahm, rief am ersten Tag Bundeskanzler Helmut Kohl an und sagte: Herr Dormann, wenn was ist, rufen Sie an. Und wir drei Vorstandsvorsitzenden von Bayer, BASF und Hoechst trafen uns dann mindestens ein-, zweimal im Jahr mit Kohl.“

Der Leverkusener Multi gibt jedoch nicht nur Ratschläge betriebswirtschaftlicher oder anderer Art, er packt auch richtig mit an. Im „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“ und im „Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie“ arbeiten Konzern-Beschäftigte an Gesetzen mit. „Seitenwechsel“ heißt dieses - im übrigen völlig einseitige - Programm bezeichnenderweise, in dessen Rahmen über 100 Unternehmensemissäre in Bonn und Berlin wirken. Die Bundesregierung apostrophiert diese Privatisierung der Politik scheinheilig als „Austausch von Wissen und Erfahrungen“, der Innovationen vorantreibt und weist Bedenken über die „fürsorgliche Belagerung“ von Seiten der Industrie zurück. Auf eine Kleine Anfrage der FDP, wie die Große Koalition sicherstelle, dass die

UnternehmensvertreterInnen nicht die Interessen ihres eigentlichen Arbeitgebers vertreten, antwortete diese: „Eine politische Einflussnahme auf Entscheidungen der obersten Bundesbehörden wird durch die Einbindung der externen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die hierarchischen Strukturen und der dadurch verbundenen Kontrollmechanismen ausgeschlossen. Zudem werden die betreffenden Personen auf gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und auf Verschwiegenheit

Im „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“ und im „Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie“ arbeiten BAYER-Beschäftigte an Gesetzen mit

(...) verpflichtet. Darüber hinaus achten insbesondere die unmittelbaren Vorgesetzten darauf, dass Interessenskonflikte vermieden werden“.

Für die Koordination solcher „Seitenwechsel“ und anderer Formen des Antichambrierens hat BAYER im Oktober 2003 in unmittelbarer Nähe zum Regierungsviertel ein „Verbindungsbüro“ eingerichtet - in Washington und Brüssel unterhält der Konzern solche Repräsentanzen schon seit längerem. „Wir bei BAYER verstehen uns als Bestandteil der Gesellschaft und sehen es daher als unsere Pflicht, uns in die gesetzgeberischen Entscheidungsprozesse einzubringen“, sagte Werner Wenning bei der Eröffnung. Der Stargast der Veranstaltung, der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, sah das genauso und zeigte sich dialogbereit. „Wir nehmen das Angebot zu Gesprächen gerne an, um die Erfahrung von BAYER in die politische Diskussion einfließen zu lassen“, sagte er. Neben diesen neueren Aktivitäten läuft

natürlich das lobbyistische „Business as usual“ weiter, wie es sich unter anderem in hunderten Verbänden institutionalisiert hat, in denen BAYER Mitglied ist. Dazu zählen etwa der „Bund der Deutschen Industrie“, der vom Leverkusener Multi selbst gegründete „Verband der Forschenden Arzneimittelhersteller“, der „Verband der Chemischen Industrie“, die „Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie“ mit dem ehemaligen BAYER-CROPSCIENCE-Chef Bernward Garthoff an der Spitze, der „Industrieverband Agrar“ und die entsprechenden Pendanten auf europäischer oder internationaler Ebene.

Darüber hinaus hat der Pharma-Riese über Aufsichtsratsmandate Netzwerke geknüpft. So ist der Wenning-Vorgänger Manfred Schneider nicht nur Aufsichtsratschef von BAYER und LINDE, er hat auch Sitze in den Kontroll-Gremien von ALLIANZ, DAIMLER CHRYSLER, METRO, RWE und TUI. Zudem leitet Schneider den ALLIANZ-Prüfungsausschuss und gehört sieben weiteren an. Als „Oberaufseher“ der bundesdeutschen Wirtschaft hat die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* Manfred Schneider deshalb einmal bezeichnet. „Niemand weiß mehr über das Innenleben deutscher Konzerne“, urteilt das Blatt. BAYER ist also wirklich überall.



**Mehr als
25.000
Zugriffe
wöchentlich.**

www.CBGnetwork.org

Coalition of Business Groups (CBG) - Netzwerk
Coalition des groupes d'entreprises (CGE) - Réseau
Coalition de grupos de empresas (CGE) - Rede
Coalition de grupos de empresas (CGE) - Rede
Coalition des groupes d'entreprises (CGE) - Réseau
Coalition de grupos de empresas (CGE) - Rede

BAYER schmierte irakische Behörden

„Global Compact of Corruption“



Ölfeld im Irak

Das „Öl für Lebensmittel“-Programm der Vereinten Nationen, das die Basis-Versorgung der irakischen Bevölkerung während der Sanktionen sicherstellen sollte, war für BAYER & Co. ein „Global Compact of Corruption“. Allein der Leverkusener Multi legte für seine Geschäfte mit Pestiziden und Tier-Arzneien 555.000 Dollar an Schmiergeldern drauf, wie ein UN-Untersuchungsbericht dokumentiert.

Von Jan Pehrke

„After-Sales-Service Fees“ - nach dem Verkauf anfallende Service-Gebühren - so lautete die Umschreibung für die an den Irak geflossenen Schmiergelder in den offiziellen Dokumenten des „Öl für Lebensmittel“-Programms der Vereinten Nationen. Nach dem unter Federführung von Paul Volcker entstandenen Untersuchungsbericht zahlte BAYER für seine sechs Millionen Dollar schweren Lieferungen von Pestiziden und Tierarzneien insgesamt 555.000 Dollar an „Service-

Gebühren“. 2.200 der 4.500 im Rahmen von „Öl für Lebensmittel“ mit dem Irak Handel treibenden Unternehmen taten es dem Pharma-Riesen gleich; 1.8 Milliarden Dollar Schwarzgeld kam so zusammen. Die inkriminierten Firmen haben gegen die völkerrechtlich bindenden Embargo-Beschlüsse verstoßen. Deshalb haben hierzulande zwei Dutzend Staatsanwaltschaften bereits Ermittlungen gegen rund vierzig der insgesamt 75 an den krummen Geschäften beteiligten bundesdeutschen

Unternehmen eingeleitet, darunter SIEMENS, DAIMLERCHRYSLER und LINDE. Vier Verfahren wegen Vorstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz haben die RichterInnen bereits eingestellt. Der jetzt zu BAYER gehörende SCHERING-Konzern und die anderen Firmen mussten es nur dem DEUTSCHE-BANK-Chef Josef Ackermann gleichtun und ein paar Peanuts aus der Portokasse löhnen. Der Leverkusener Multi kann sich diesen Griff vorerst sparen. Er hat die Deals nämlich über seine

türkische Niederlassung abgewickelt, und die Justiz beschäftigt sich nur mit Gesetzesverstößen, die von deutschem Boden ausgingen.

Für BAYER gehören solche Praktiken zum „Business as usual“. Der Konzern hat in der Vergangenheit bereits iranischen und italienischen Behörden Bestechungsgelder gezahlt, um Bauvorhaben realisieren oder andere Unternehmensziele verfolgen zu können (siehe Ticker 3/03). In der berechtigten - Hoffnung, das Verschreibungsverhalten von MedizinerInnen zu ändern, hat er zudem den „Halbgöttern in Weiß“ mehr als nur halb-göttliche Summen zukommen lassen. Darüber hinaus schreckte der Multi vor Geschäftsbeziehungen mit Diktaturen nie zurück. Er trieb in der Vergangenheit nicht bloß lebhaften Handel mit dem südafrikanischen Apartheidsregime und den autoritären Regierungen Südamerikas, sondern auch mit dem Irak. So hob noch auf dem deutsch-irakischen Wirtschaftskongress Anfang 2004 ein Wirtschaftspolitiker die traditionell guten Beziehungen des Landes zur bundesdeutschen Chemie-Industrie hervor. Ob der Gen-Gigant Saddam Hussein jedoch ab 1999 mit dem „500.000-Dollar-Surplus“ das Diktatoren-Leben noch ein

wenig lebenswerter machte, bleibt zweifelhaft.

Es ist nämlich die Frage, ob der Alleinherrscher das Geld in die eigene Tasche steckte oder ob es vielmehr dazu diente, den Zusammenbruch des öffentlichen Lebens im unter den Sanktionen leidenden Irak zu verhindern. Der Volcker-Report macht keine verlässlichen Aussagen dazu, er referiert lediglich die sich widersprechenden Aussagen irakischer Offizieller. Der frühere Handelsminister Saleh gab an, die irakische Zentralbank CBI hielt die 1,8 Milliarden als Bargeldreserve. Dem Bankdirektor Isam Rashid Al-Huwaysh zufolge belief sich diese jedoch nur auf 10 bis 15 Millionen Dollar. Nach Kenntnis des früheren Finanzminister floss das Geld hauptsächlich Husseins „Kanzleramt“ und den einzelnen Ministerien zu, wobei besonders solche profitierten, die vom „Öl für Lebensmittel“-Programm aufgenommen waren wie das Verteidigungsministerium und der Geheimdienst. Zudem erhielten Botschaften im Ausland Überweisungen, um das Studium junger IrakerInnen weiterhin finanzieren zu können. Andere wiederum berichteten den UN-ErmittlerInnen, Husseins Sohn Qusay sei mit einem Scheck von Papa bei der

Bank aufgetaucht und habe eine Milliarde Dollar, verpackt in 200 kleine Boxen, mitgenommen. Aber selbst wenn dies verbürgt wäre, ist nicht klar, inwieweit Qusay sich auch bei den „Service-Gebühren“ bediente.

Ein einheitliches Bild ergibt der Untersuchungsbereich also nicht. Obwohl dem Diktator sicherlich alles zuzutrauen ist, erscheint es deshalb wahrscheinlicher, dass er die 1,8 Milliarden aus Gründen der Staatsräson halbwegs sinnvoll eingesetzt hat - schon allein, weil ein Kollaps des Iraks auch seinen Sturz nach sich gezogen hätte. Und allzuweit vom Kollaps entfernt stand das Land nicht - und sollte es nach dem Willen der USA und Großbritanniens auch nicht. Der 1990 von Hus-



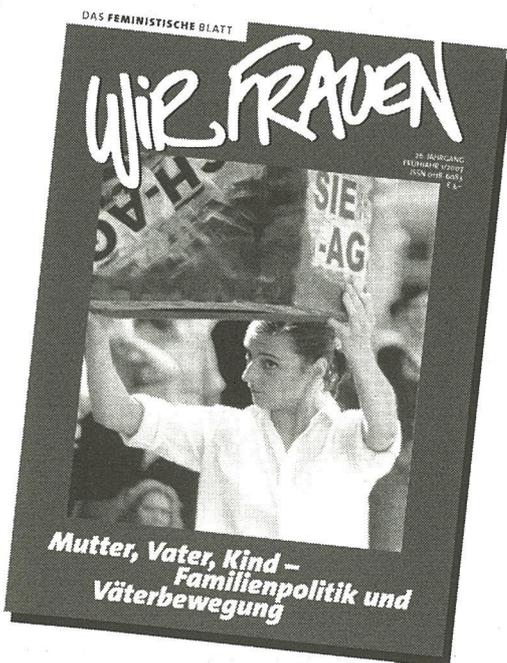
**Mehr als
25.000
Zugriffe
wöchentlich.**

www.CBGnetwork.org



DAS FEMINISTISCHE BLATT

Forum für
außerparlamentarische
Frauenpositionen



Unsere Frühjahrs-Themen 2007

Schwerpunkt Mutter – Vater – Kind » Geschichte der Familie
» Zum Wohle des Kindes – zwischen Einvernehmen und Gezerre » Väter zwischen Anspruch und Wirklichkeit » Lesben und Kinderwunsch » Der ewige Macho – Männer mit Migrationshintergrund **Krieg & Frieden** Interview mit Diaryatou Bah
» Machsom Watch » Der verlorene Kampf um die Wörter
» Ausstellung 1000 Frauen für den Frieden **Herstory** Clara Zetkin zum 150. Geburtstag **Gesehen** Sie sind ein schöner Mann
Projekte Frauenkultur e.V. Leipzig **Kultur** Ausblick Frauenfilmfestival Dortmund

Einfach mal reinschauen:
www.wirfrauen.de

Au weia, BAYER



Wenning über alles
 „Wer ist der egomanischste Konzern-Chef im ganzen Land“, fragte das Wirtschaftsmagazin capital im Dezember 2006. Die Antwort lautete: Werner Wenning. Im modernen Manager-Fünfkampf „Ich statt Wir“-Sagen in Interviews“, „Häufigkeit der Abbildung im Geschäftsbericht“, „Länge des Lebenslauf auf der Homepage“, „Namedropping in Pressemitteilungen“ und „Abstand zum Verdienst des Vize-Chefs“ sammelte der BAYER-Chef die meisten Punkte und kann sich nun mit dem zweifelhaften Titel des besten Selbstdarstellers unter den bundesdeutschen Vorstandsvorsitzenden schmücken.

sein gegen Kuwait begonnene Krieg endete mit einer Niederlage und hinterließ den Irak in einem desaströsen Zustand. Die 1991 von den Vereinten Nationen beschlossenen Sanktionen spitzten die Lage noch zu, indem sie den Staat vom Welthandel abschnitten und so einen Wiederaufbau verhinderten, was auch Sinn der Übung war. Um wenigstens die Basis-Versorgung der Bevölkerung zu sichern, legten die UN 1996 das „Öl für Lebensmittel“-Programm auf, das die USA mit allen Mitteln zu verhindern suchte. Was die Vereinigten Staaten mit dem Irak vorhatten, war „das von Saddam Hussein geführte Regime stürzen und die Bildung einer demokratisch geführten Regierung zu fördern“, wie es im 1998 vom Kongress verabschiedeten „Iraq Liberation Act“ hieß. Das Land ernannte mit Frank Riccardone sogar schon einen Koordinator für den Machtwechsel im Irak. Das „Öl für Lebensmittel“-Programm erlaubte dem Land Öl-Exporte in einem bestimmten Umfang. Die Erträge landeten auf einem von der UN überwachten Konto und durften nur für den Kauf der allernotwendigsten Güter wie Lebensmittel und Medikamente verwendet werden. Zudem hatte das Land aus dem Topf Reparatio-

nen an Kuwait zu zahlen, die Kosten für die Waffen-Inspektionen zu begleichen und 13 Prozent an die kurdische Autonomie-Regierung zu transferieren. Diese führte ihr „Öl für Lebensmittel“-Programm in eigener Regie durch und tat es weit besser, wie einige mit Blick auf die dortige Versorgungslage meinen, was jedoch mehr mit der besonderen Lage im Kurdengebiet als mit den abgezweigten „After-Sales-Service Fees“ zu tun haben dürfte. Außerhalb dieser Naturalwirtschaft hatte der Staat keinerlei Außenhandelseinnahmen. Trotzdem sabotierten die USA und Großbritannien die „Tauschbörse“ noch nach Kräften. Der Irak musste sich alle Transaktionen bewilligen lassen und erhielt längst nicht immer das OK. 20 Prozent der Anträge lehnten die DelegiertInnen der im Sicherheitsrat vertretenen Nationen ab. Aus diesem Grund konnte das Land dringende Infrastruktur-Investitionen in den Bereichen Energie, Telekommunikation und Wasserversorgung nicht vornehmen, weshalb der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan Bill Clinton vorwarf, die humanitären Bemühungen zu hintertreiben. So fanden nach Angaben des UN-Koordinators für humanitäre Hilfe, Hans Chri-

Verlag Graswurzelrevolution

NEU



Freundeskreis Paul Wulf (Hg.)
Lebensunwert?
 Paul Wulf und Paul Brune
NS-Psychiatrie, Zwangssterilisierung und Widerstand

208 S. | zahlr. Abb. | 14,90 EUR
 ISBN 978-3-939045-05-2

Am Beispiel der beiden Betroffenen Paul Wulf und Paul Brune zeigt das Buch auf, wie sehr die Ideologie der Ausmerzung »lebensunwerten« Lebens nicht nur vor 1945, sondern auch danach bis tief in die 70er Jahre hinein maßgebliche Personen der Medizin, Psychiatrie und Justiz, der öffentlichen Fürsorge und nicht zuletzt der Kirche im Denken und Handeln beeinflusst hat. Das Buch knüpft an die aktuelle Debatte über die Heimkindererziehung in den 50er und 60er Jahren an und schließt eine Lücke, da es die Ursachen und historischen Hintergründe benennt, warum die Heimunterbringung und Heimkindererziehung in der noch jungen BRD so und nicht anders verlief.

NEU



Achim von Borries / Ingeborg Weber-Brandies (Hg.)
Anarchismus
Theorie · Kritik · Utopie

Mit Texten u. a. von Godwin, Proudhon, Bakunin, Kropotkin, Malatesta, Landauer, Rocker, Goldman, Voline, Read, Goodman, Souchy

Bearbeitete Neuauflage
 425 S. | 22,80 EUR | ISBN 978-3-939045-00-7

Dokumentiert und kommentiert wird die libertäre Tradition vom Beginn des 19. Jh. bis in die jüngste Vergangenheit. Die theoretischen Grundpositionen der AnarchistInnen wie auch ihr bedeutender Anteil an der Sozialistischen Bewegung, an der Russischen Revolution und am Spanischen Bürgerkrieg werden aufgezeigt. Porträts der wichtigsten VertreterInnen des Anarchismus runden die bearbeitete Neuauflage dieser umfassenden Textsammlung ab, die differenziert die komplexe Entwicklungsgeschichte des Anarchismus nachzeichnet und seine meist unterschlagenen konstruktiven Tendenzen deutlich macht. Das Prinzip Hoffnung der anarchistischen Utopie bleibt unverzichtbar, wenn wir uns nicht einer resignativen Kapitulation vor den Trägheitskräften des Bestehenden und ebensowenig der destruktiven Dynamik eines ungehemmten Neoliberalismus ausliefern wollen!



Graswurzelrevolution

Die Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Seit 1972 die einzige Zeitung, die die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht kommentiert und über Theorie und Praxis des Anarchismus und der Gewaltfreiheit berichtet.

Schnupperabo 3 Ausg. 5 EUR Vorkasse | Jahresabo 10 Ausg. 30 EUR | **Jetzt abonnieren**
 WiederverkäuferInnen und SpenderInnen herzlich willkommen!

GWR-Vertrieb | Birkenhecker Str. 11 | 53947 Nettersheim | Fax (02440) 959 351 | buchverlag@graswurzel.net | www.graswurzel.net

stoph Graf von Sponeck, während des Embargos trotz „Öl für Lebensmittel“ 500.000 Kinder wegen des verschmutzten Wassers, fehlender Arzneien oder der Lebensmittel-Knappheit den Tod. „1991 starben 56 von 1.000 Kindern bis zum Alter von fünf Jahren. Heute, zehn Jahre später, ist die Zahl nach Angaben der UNICEF auf 131 von 1.000 Kindern gestiegen (...) Daher gibt es ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit, und können wir uns erlauben, kann sich irgend jemand erlauben, sich mit solch einer Realität abzufinden? ich kann es nicht“, sagte der Diplomat und trat von seinem Posten zurück. Schon seit Vorgänger Denis Halliway hatte vorzeitig das Handtuch geworfen, weil er das von ihm als „Genozid“ an der irakischen Bevölkerung bezeichnete Sanktionsregime nicht länger mittragen wollte.

Diese verzweifelte Lage zwang den Staat, sich andere Einnahmequellen zu erschließen. „Das UN-Hilfsprogramm hatte keine ‚Cash-Komponente‘ für die irakische Regierung, das heißt, sie erhielt für den Verkauf des irakischen Öls kein Geld, sondern Güter (...) Gleichzeitig brauchte die irakische Regierung ja aber Gelder zur Finanzierung grundlegender, normaler Dinge: Die Staatsbediensteten,

Ärzte, Lehrer, Fahrer und so weiter, sie alle mussten bezahlt werden, wie in jedem anderen Land auch. Bei der ganzen Debatten über ‚Schmiergelder für Saddam‘ wird ausgeblendet, dass ein Großteil der Mittel wahrscheinlich genau dafür verwendet wurde - weil die Regierung gar keine andere Wahl hatte“, sagte die US-amerikanische Philosophie-Dozentin Joy Gordon, die ein Buch über die Sanktions-

Nach dem UN-Untersuchungsbericht der Vereinten Nationen zahlte BAYER für seine sechs Millionen Dollar schweren Lieferungen von Pestiziden und Tierarzneien insgesamt 555.000 Dollar an „Service-Gebühren“

politik geschrieben hat, in einem Interview mit der *Jungen Welt*.

Die „After-Sales-Service Fees“ stellten dabei noch nicht einmal die bedeutendste „Versorgungsstelle“ dar. Ihre Skandalisierung hat auch sehr viel mit der in den USA weit verbreiteten Skepsis gegenüber der UN zu tun, die durch die Bestechungsgelder neue Nahrung erhielt. Als viel ertragreicher erwies sich der außerhalb des Programms stattfindenden Öl-Schmuggel in

die Türkei und nach Jordanien. Ca. 10 Milliarden Dollar brachte er ein. Nach Ansicht der CIA haben diese illegalen Lieferungen vor dem Anlaufen des „Öl für Lebensmittel“-Programms „das finanzielle Überleben des Regimes gesichert“. Auch danach noch gingen sie bis 2003 weiter, und die USA taten nichts, sie zu unterbinden, handelte es sich bei den Abnehmern des schwarzen Goldes doch um Verbündete des Landes.

Im Jahr 2003 änderten die Vereinigten Staaten ihre „regime-change“-Strategie und ließen den mit den Sanktionen begonnenen Kalten Krieg in einen heißen münden, um ihre imperialen Interessen zu verfolgen, was noch weit verheerendere Auswirkungen hatte. „Menschenrechte“ und „Demokratie“ dienten dabei nur als Vorwand. Wäre es anders gewesen, könnte man wirklich das moralische Problem erörtern, das die Irak-Politik der „Völkergemeinschaft“ aufwarf: Wie schafft man es, die irakische Bevölkerung zu unterstützen, ohne zugleich Saddam Hussein zu unterstützen? Aber diese Frage stellten sich weder die USA noch BAYER oder irgendein anderer der politischen Akteure, weshalb sie rein hypothetisch bleibt.

bundesverband +++ forum für engagierte fotografie+++ **arbeiterfotografie.com**

reportage +++ medienkritik **arbeiterfotografie.com**



arbeiterfotografie.com den durchblick behalten

arbeiterfotografie.com +++ galerie +++ zeitschrift +++ archiv +++ website

BIS-Beschäftigte wehren sich beharrlich

Bei BAYER gärt es weiter



Die MitarbeiterInnen von BAYER INDUSTRY SERVICES gehen weiter gegen die Rationalisierungspläne des Konzerns vor. Zeit für eine erste Zwischenbilanz.

Von Manfred Demmer (stellvertr. Vorsitzender der KULTURVEREINIGUNG LEVERKUSEN e. V. und Mitglied von ver.di und DKP)

Zur Erinnerung: Seit Oktober 2006 finden sich jeden Montag (mit Ausnahme von Weihnachten, Neujahr und Rosenmontag) mal mehr, mal weniger Beschäftigte des BAYER-Chemieparks in Leverkusen vor dem Tor 1 zusammen und blockieren eine Bundesstraße. Damit wehren sie sich gegen die Absichten der Konzernbosse, die Aufspaltung des BAYER-Konzerns weiterzuführen, um sich damit aus der Tarifbindung zu stehlen und auf diese Weise - unter der Drohung von Entlassungen - Lohnverzicht und Mehrarbeit durchzusetzen.

Die Initiative zu den Aktionen ergriffen BetriebsrätInnen der gewerkschaftskritischen BASISBETRIEBSRÄTE. Unterstützungen erfuhren sie auch von anderen

Betriebsratsgruppen wie dem BELEG-SCHAFTSTEAM oder den KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN FÜR EINE DURCHSCHAUBARE BETRIEBSRATSARBEIT. Anfänglich war durchaus auch erkennbar, dass sich die IG BCE – ob aus eigener Erkenntnis oder aufgrund des sichtbar werdenden Drucks der Kolleginnen und Kollegen, die sich vor Tor 1 versammelten, sei dahingestellt – ebenfalls den Konzernabsichten entgegenstellte. Aktionen wie eine Mahnwache, der Aufruf zu einer politischen Mittagspause, sowie die Organisation einer Kundgebung mit Kolleginnen und Kollegen von anderen Standorten des BAYER-Konzerns zeugten davon. Hier war auch erkennbar, dass es durchaus weit über den Rahmen der direkt Betrof-

fenen Möglichkeiten gab, Solidarität zu entwickeln und auch klare Worte zu den Machenschaften der Kapitaleseite zu formulieren, wie es etwa der Kölner DGB-Regionalvorsitzende Wolfgang Uellenberg-van Daven tat.

Allerdings wurde schon in jenen Tagen von vielen GewerkschaftlerInnen kritisiert, dass der Gewerkschaftsvorsitzende und BAYER-Aussichtsrat Hubertus Schmoldt nicht den Weg zu den Kolleginnen und Kollegen fand. Diese zögerliche Haltung legte die IG BCE-Führung während der ganzen Auseinandersetzung an den Tag, was dann sogar zu einer Austrittskampagne führte. Der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung war das Vorgehen des BIS-Betriebsratsvorsitzen-

den Jörg Feldmann, der „seinem“ Unternehmenschef Klaus Schäfer empfahl, keine Äußerungen in der Öffentlichkeit mehr zu machen, weil sie „keineswegs förderlich für die laufenden Verhandlungen seien“. So handelt ein Gewerkschaftler, dessen Aufgabe eigentlich darin bestünde, mehr Informationen von der Kapitaleseite zu verlangen und Aussagen der Geschäftsführung zu nutzen, um im Interesse der KollegInnen aktiver zu werden! Wegen dieser „Nachrichtensperre“ mussten die BASISBETRIEBSRÄTE an den Montagen vor dem Tor 1 immer wieder erklären, dass sie nichts Neues wüssten, weil sie keine Infos bekommen hätten.

An diesem für die Arbeiterbewegung höchst problematischen Punkt soll versucht werden, eine kleine – und wie sonst – subjektive Einschätzung des nicht nur für Leverkusen, sondern weit darüber hinaus bedeutsamen Kampfes zu geben.

Angesichts des jahrzehntelangen Burgfriedens in der als ach so einträchtig geltenden „BAYER-Familie“ kann dieser Kampf nicht hoch genug bewertet werden. Er wird sowohl in der Geschichte der Arbeiterbewegung als auch der Stadt Leverkusen einen wichtigen Platz einnehmen.

Bedeutend war und ist, dass KollegInnen aus dem Betrieb – Betriebsräte, GewerkschaftlerInnen – nicht mehr bereit waren und sind, widerstandslos alle Maßnahmen der Kapitaleseite über sich ergehen zu lassen. Bedeutend war und ist, dass sie sich über Strategien des Kampfes Gedanken machten und machen – selbst wenn dabei noch keine neuen weiteren Praxisformen zu Tage traten, und auch manche Aktion und Haltung hinterfragt werden müsste.

Wichtig war und ist, dass mit der Einrichtung eines „Offenen Mikrophons“ – welches bei jeder Montagsdemonstration zur Verfügung stand – die Möglichkeit geschaffen wurde, Gegenöffentlichkeit zu

den Positionen der Konzernvertreter und auch zu denen der GewerkschaftlerInnen in der Verhandlungskommission herzustellen. Denn wie weiter oben schon geschildert, bestand und besteht offenbar weiterhin kein Interesse, die betroffenen KollegInnen und Kollegen umfassend zu informieren. Das Primat des „Kuschelns“ und „Kungelns“, wie mehrfach ArbeiterInnen vor dem Tor feststellten, herrscht weiter vor.

Wichtig war auch die Erfahrung, dass trotz dieser von der Gewerkschaftsführung betriebenen Politik bei den Montagsdemonstrationen immer wieder KollegInnen und Kollegen demonstrativ mit IG BCE-Fahnen und roten IG BCE-Mützen auftauchten und somit einen Beitrag zur

Auch die Erfahrung, dass sich nicht nur KollegInnen und Kollegen der Chemiebranche solidarisch zeigten, wird man beachten müssen

Wiederherstellung der Ehre der Gewerkschaft leisteten. Dabei handelte es sich nicht nur um Gewerkschaftsmitglieder von BAYER, sondern auch von anderen Chemiefirmen.

Auch die Erfahrung, dass sich nicht nur KollegInnen und Kollegen der Chemiebranche solidarisch zeigten, sondern ebenfalls – zum Teil von weither angereiste – KollegInnen der IG Metall und anderer Gewerkschaften, dass sich Mitglieder von Initiativen gegen Hartz IV beteiligten, wird man beachten und behalten müssen. Wichtig war auch, dass Funktionäre der Gewerkschaften, wie der Bezirksvorsitzende von VER.DI-Rhein-Wupper, Wolfgang Zimmermann, und der DGB-Ortsgruppenvorsitzende von Bergisch-Gladbach, Dieter Ali, vor den MontagsdemonstrantInnen ihre Solidarität bekundeten. Zudem waren die kulturellen Beiträge der KULTURVEREINIGUNG LE-



Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
23. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
http://www.CBGnetwork.de
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.
Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000
BIC GENODEM1GLS
Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005
(1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MWS-t.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)



O-Ton BAYER

„Wir sind ein Wirtschaftsunternehmen und verdienen damit Geld“

Das sagte ein Sprecher von BAYER INDUSTRY SERVICES zur umstrittenen Verbrennung von 4.500 Tonnen Hexachlorbenzol in den konzern-eigenen Müllöfen.

CBG bei der Arbeit**Aktion in Dormagen**

„Giftmüll-Verbrennung stoppen“ hieß es am 10. Februar in der Dormagener Innenstadt. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN führte zusammen mit den Grünen eine Aktion gegen die geplante Entsorgung von 4.500 Tonnen Hexachlorbenzol aus Australien in der Rückstandsverbrennungsanlage von BAYER durch. Die UmweltschützerInnen verteilten Flugblätter, sammelten Unterschriften und diskutierten mit den PassantInnen. Dabei stießen die AktivistInnen auf breite Zustimmung für ihr Engagement. Um ein wenig nach dem Rechten zu schauen, hatte auch der Pharma-Riese einen Öffentlichkeitsarbeiter abgesandt. „Ganz zufällig“ kam er nach eigenen Angaben vorbei und verwickelte die Giftmüll-Gegnerinnen in Gespräche. Bei strittigen Punkten wie dem genauen Ablauf des letzten Störfalls im Müllöfen klingelte er kurz bei der BAYER-Hotline an und referierte dann den „Tathergang“ aus Konzern-Sicht. Die flächendeckende Empörung über den Mülltourismus mit den Reisezielen Dormagen und Leverkusen scheint den Multi ziemlich nervös gemacht zu haben ...

VERKUSEN e. V. vor den Kolleginnen und Kollegen nicht nur eine begeistert aufgenommene andere Art der Solidarität, sondern auch Orientierung im Kampf.

Besonders muss auch die Bedeutung betont werden, die der von Anfang an vorhandene Schulterschluss zwischen den MontagsdemonstrantInnen vor Tor 1 und der sich gleichfalls in einem Kampf befindlichen Belegschaft des Leverkusener Klinikums hatte. Die Beiträge, die z. B. dessen Betriebsratsvorsitzender Wolfgang Stückle vor den MontagsdemonstrantInnen leistete, dienten einer klaren Orientierung in der Auseinandersetzung. Ebenso bedeutend war die Tatsache, dass es über den Bereich des Betriebes hinaus von den verschiedensten Seiten mannigfache Bemühungen gab, die BISlerInnen zu unterstützen, sei es durch Solidaritätserklärungen oder durch eine aktive Förderung der Proteste sich nicht nur verbal solidarisch zu zeigen – sondern aktiv den Kampf zu fördern. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) ist hier ebenso zu nennen (u. a. mit ihrem bundesweiten Extradruck), wie der Evangelische Kirchenkreis Leverkusen oder die Katholische ArbeiterInnen-Vereinigung KAB und die KULTURVEREINIGUNG LEVERKUSEN e. V. Letztere warb in der Stadt und bei Kulturschaffenden für die Unterstützung des Kampfes bei der BIS. Im Ergebnis entstand eine Solidaritäts-CD, auf der KünstlerInnen mit ihren spezifischen Beiträgen ihre Solidarität mit den kämpfenden KollegInnen – nicht nur bei BIS, denn Arbeitsplatzabbau findet auch anderswo in Leverkusen statt – bekundeten, was einige Beachtung fand.

Wichtige Beiträge zum Erkennen der Situation, in der sich die Beschäftigten befinden und die sie nur durch aktives Handeln verändern können, leisteten auch politische Gruppierungen und Parteien. Das Auftreten des Stadtrates der Wählergruppe LAUF, Fritz Kunkel, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender des Nahverkehrsunternehmens WUPSI, der Erfahrungen des einjährigen Kampfes bei der WUPSI-Tochter HBB vermittelte und der für den Kampf um Umsetzung der gewerkschaftlichen Beschlüsse warb, ist hier zu nennen. Ebenso wird man die orientierenden Beiträge in der DKP-Betriebszeitung für die Belegschaften des BAYER-Chemie-Parks *Die Pille* erwähnen müssen, die innerhalb dieser Wochen mit zwei regulären und elf Sonderausgaben in die Debatte um die Orientierung des Kampfes gegen das Kapital eingriff. Auch die kom-

munistische MLPD-Partei war ständig – zum Teil in größerer Präsenz – dabei und machte jedes Mal am „offenen Mikrofon“ ihre Sichtweise deutlich. Neben vielem durchaus Überlegenswerten gab es jedoch schon zu Anfang die Forderung nach einem Streik, die mehr einem Wunschdenken als dem realen Bewusstseinsstand der Kolleginnen und Kollegen entsprach. In der Folge wurden auch andere politische Gruppen wie die trotzkistische SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN (SAV) aktiv. Die im Leverkusener Stadtparlament vertretenen Parteien beschlossen eine Resolution, in der man zwar kritische Worte zur Politik der Kapitaleseite lesen kann, die aber zu keiner Aktion führte, die den Kolleginnen und Kollegen den Rücken stärkte. Diese Resolution entstand auch unter dem Druck der Montagsdemos und anderer Aktivitäten, so wurden z. B. mehrmals in der Zeit Flug-

Angesichts des jahrzehntelangen

Burgfriedens in der als ach so einträchtig geltenden „BAYER-Familie“

kann dieser Kampf nicht hoch genug bewertet werden

blattaktionen in der Stadt durchgeführt (diese Verteilaktionen in der Stadt führten im Übrigen dazu, dass sich die Stadt weigerte, Flugblätter, die an der Rezeption des Rathauses mit der Bitte um Weiterleitung an die Stadtratsfraktionen abgegeben wurden, weiterzuleiten). Der Oberbürgermeister Ernst Küchler (SPD) hatte sich sogar vor der Ratssitzung dahingehend ausgelassen, dass er die Entscheidungen der Manager nicht zu kritisieren habe.

Diese überwiegend positive Einschätzung darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass in dieser Auseinandersetzung vielerlei Probleme auftauchten, die den aktiven Kampf behinderten und behindern.

Der ständig hohe Druck, der – was sicherlich nicht nur zu vermuten ist - von Konzernseite mit verschiedensten Methoden auf die aktiven Kolleginnen und Kollegen im Betrieb ausgeübt wird (man schaue sich nur manche Beiträge auf der Webseite der BASISBETRIEBSRÄTE an), führt bei diesen natürlich zu mancherlei Frustrationen. Umso höher ist ihr fortgesetztes Engagement zu bewerten.

Die Frustrationen werden weiterhin von der Haltung führender IG BCE-VertreterInnen verstärkt, die versuchen, diese aktiven, den Interessen der Belegschaft ver-

pflichteten Kolleginnen und Kollegen unter Druck zu setzen und am „ausgestreckten Arm verhungern zu lassen“, das heißt, sie durch ihre Geheimdiplomatie mit der Geschäftsleitung ins Leere laufen zu lassen.

Problematisch erscheint den aktiven Kolleginnen und Kollegen offenbar auch die Solidarität vor Tor 1, wenn es sich dabei um politische Gruppen handelt. Sichtbar wurde dies direkt zu Beginn des Kampfes, als man sich dagegen wandte, dass „politische Parolen“ (ein MLPD-Mitglied hatte auf einem Schild die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung plakativ gemacht) mitgeführt würden. Da andererseits jedoch mit dem „offenen Mikrofon“ jedem die Möglichkeit offen stand, seine Sichtweise kundzutun (was nebenbei vom Kreisvorsitzenden der MLPD jedes Mal genutzt wurde – während z. B. die DKP lediglich einmal sprach) wurde dieses Problem von ihnen selber produziert. Davon ausgehend gab es auch einige Missdeutungen und Vorbehalte, welche die DKP und die Kulturvereinigung betrafen. Das hielt diese aber nicht davon ab, immer wieder die Bedeutung des hervorragenden Kampfes der aktiven Kolleginnen hervorzuheben, allerdings mit der

Bitte, nach Beendigung des Kampfes gemeinsam diese Missverständnisse und Ungereimtheiten abzarbeiten.

Eines der wichtigsten Probleme scheint darin zu bestehen, dass es bei den aktiven Kolleginnen und Kollegen wenig über den täglichen Kampf hinaus gehende perspektivische Vorstellungen gibt. Auch daraus entstanden und entstehen Frustrationen, nicht nur bei den Aktiven, sondern auch bei Montagsdemo-TeilnehmerInnen. Denn, wer jeden Montag erfahren muss – wofür natürlich die BASISBETRIEBSRÄTE nichts können – dass es dank der „Kuscheleien“ der IG BCE keine neuen Informationen gibt, wird sich nicht zu

Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus

Schmoldt fand nicht den Weg zu den KollegInnen

wundern brauchen, dass die „Lust“ der TeilnehmerInnen, sich dies jede Woche anzuhören, nachlässt. Vorschläge – sicherlich nicht massenhaft –, die von verschiedener Seite gemacht wurden, wurden allerdings auch nicht auf ihre Brauchbarkeit geprüft. So hatte z. B. die Kulturvereinigung Leverkusen e. V. angeboten, mittels Kulturbeiträgen den Kampf

zu unterstützen, worauf die Reaktion kam, dass man das nicht wünsche.

Fazit des im Oktober 2006 begonnenen Kampfes ist: Ein bedeutender Beitrag zur Einsicht, dass die ArbeiterInnen und Angestellten in der Tat nichts zu verlieren haben als ihre Ketten – aber alles zu gewinnen. Ein bedeutender Beitrag für die Menschen, die sich dieser Gesellschaft – in der das Bankkonto immer mehr gilt als der Mensch – verweigern und nach Möglichkeiten suchen, diese zu verändern, und die Erkenntnisse aus diesem Kampf für die weiteren Kämpfe schöpfen können. Ein wichtiger Beitrag zur Einübung gemeinsamen, solidarischen Handelns. Ein wichtiger Beitrag zum Hören des Signals, welches das vor Tor 1 angestimmte alte Arbeiterklassen-Lied ertönen ließ: „Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne Deine Macht...“



Mehr als
25.000
Zugriffe
wöchentlich.

www.CBGnetwork.org

An alle AbonnentInnen

Konzernkritik stärken STICHWORT BAYER weiterverbreiten:

- STICHWORT BAYER (SWB) ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. Je mehr Menschen STICHWORT BAYER lesen,
- desto größer die Wirkung. Wir bitten unsere AbonnentInnen: Helfen Sie mit, STICHWORT BAYER zu verbreiten. Bestellen
- Sie zusätzliche Exemplare zur Verbreitung im Freundeskreis und Ihrer Bekanntschaft.

- Ich/wir habe/n bereits abonniert und bestelle/n zusätzlich Zusatzexemplare je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 € je Heft
- Ich/wir habe/n noch nicht abonniert und möchte/n das für € jährlich tun (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen

STICHWORT BAYER

Coupon Bitte zurücksenden an:

Coordination
gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18,
40081 Düsseldorf
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Name/Vorname: _____
Adresse: _____
Bank: _____
BLZ: _____ Kontonummer: _____
Datum/Unterschrift _____ Alter: _____

Coupon!

